

Danziger Zeitung

№ 15651.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherhagenstraße Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Telegramme der Danziger Btg.

Paris, 19. Januar. (B. L.) Prinz Napoleon ist nicht unbedenklich erkrankt.

Newyork, 19. Januar. (B. L.) Ein Kriegsschiff des amerikanischen Pacificgeschwaders ist nach Samoa beordert worden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. Januar.

Die kirchenpolitischen Aussichten.

Die Hoffnungen, welche an das Schreiben des Papstes an den Reichskanzler und an die Encyclica an die deutschen Bischöfe geknüpft worden sind, haben die Allocution des Papstes vom 15. d. M. und der nunmehr vorliegende Wortlaut der Encyclica sehr erschüttert. In der Allocution hat die wichtigste Stelle des Papstbriefes an den Reichskanzler eine authentische Interpretation gefunden, welche mit den Gerichten von einer Aenderung der Politik des päpstlichen Stuhles durchaus unverträglich ist. Das römische Pontificat, schließt wie telegraphisch erwähnt, die Allocution, würde im Stande sein, der Welt die höchsten Güter zu sichern, wenn es in aller Freiheit seiner Rechte seine wirksame Kraft zu Gunsten des Heils des Menschengeschlechtes ausüben könnte. Das ist es also, was, wie der Papst in dem Schreiben an den Reichskanzler sich ausdrückt, von der Weisheit des Reichskanzlers in Zukunft erwartet wird.

Auf dem kirchenpolitischen Gebiete bezeichnet die Encyclica die unerlässlichen Forderungen des Papstes bezüglich der Vorbildung der Geistlichen in lediglich unter kirchlicher Leitung und Aufsicht stehenden Seminaren nach den Beschlüssen des Concils von Trient mit einer Schärfe, welche jedes Compromiß mit der Staatsregierung auszuschließen scheint. Das Entgegenkommen, welches der Papst in Aussicht stellt, bewegt sich auf einem ganz anderen Gebiete. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß Leo XIII. bezüglich der Wiederbesetzung des erzbischöflichen Stuhles von Posen-Ostpreußen zu Zugeständnissen bereit ist, falls die Regierung die auf die Ausbildung der Geistlichen bezüglichen Bestimmungen der Maigesetze beseitigt. Die Gerichte, daß in dieser letzteren Hinsicht aussichtslos verhandlungen im Gange seien, wird man nur dann berücksichtigen können, wenn man annimmt, daß die Regierung auch auf diesem Gebiete zu einem Rückgang entschlossen ist, der sich noch hinter die vor Erlaß der Maigesetze bestehenden Zustände fortsetzen würde.

Begreiflicher Weise jubelt das führende Centrumsblatt, die „Germania“, angeichts des Wortlauts der Encyclica über die Vergeblichkeit der Bemühungen, zwischen der Curie und dem Centrum beziehentlich Hrn. Windthorst einen Bruch herbeizuführen. Daß die Nachrichten über die Zulassung eines päpstlichen Nuntius in Berlin in bestimmtester Weise auch von preussischer offizieller Seite in Abrede gestellt worden, kann angeichts der Encyclica nicht überraschen.

Die Eröffnung des Kampfes gegen die Privat-Vericherungsgesellschaften.

Die Conservativen haben in einer weiteren wichtigen Frage die Maske fallen lassen; wie in unseren heutigen Morgentelegrammen mitgeteilt ist, sind die Conservativen entschlossen, im Abgeordnetenhaus die Frage der Zwangsversicherung bei den provinzialen Feuer-societäten in Anregung zu bringen. Sie wollen die Vorlegung eines Gesetzes verlangen, durch welches die Besitzer von Immobilien verpflichtet werden sollen, ausschließlich bei den öffentlichen Feuer-societäten Versicherung zu nehmen. Eingaben in dieser Richtung sind bekanntlich wiederholt seitens der fraglichen Feuer-societäten mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Privat-Feuerversicherungen, indem sie gleichzeitig Immobilien und Mobilien versicherten, die Besitzer zwängen, ausschließlich bei den Privatgesellschaften zu versichern. Damit wird der Kampf gegen die Privatversicherungsgesellschaften, der bisher gewissermaßen nur hinter den Coullissen geführt wurde, zum ersten Mal in das Parlament verlegt.

Der Reichskanzler hatte, wie bekannt, weitergehende Absichten, indem er schon vor einigen Jahren Verhandlungen mit den Regierungen eröffnete über die Gründung einer großen Reichsversicherungsanstalt. Der Plan stieß aber damals selbst bei dem preussischen Minister des Innern auf Widerspruch. Welche Stellung die Regierung jetzt zu dieser Frage einnimmt, und ob sie es für angezeigt hält, gleichzeitig mit dem Kampf für das Spiritusmonopol auch die Verstaatlichung des Feuerversicherungswesens in Angriff zu nehmen, muß man abwarten.

Die Stellung der Parteien anlangend, so wird uns in Ergänzung des Telegramms von heute Morgen noch mitgeteilt, daß die Nationalliberalen und auch die Freiconservativen officiell noch nicht über den Antrag der Conservativen Beschluß gefaßt haben. Auch an das Centrum ist der Antrag zur Stellungnahme noch nicht ergangen.

Zur Frage der Ausweisungen.

Von einem Mitgliede des Reichstages wird ein, an dessen Adresse eingegangenes Schreiben der Firma „Maz Gutmann, Hoflieferant, Wein- und Spiritusmonopol“ der „Lib. Corr.“ mitgeteilt, das also lautet:

„Mainz, 17. Januar 1886. Mit großem Interesse lese ich die Verhandlungen im Reichstage mit Bezug auf die Ausweisungsgesetze. Gestatten Sie mir, hochzuverleihen Herr, Ihnen durch den einliegenden Originalbrief einen Beweis zu liefern, welche Nachtheile dem deutschen Handel durch diese Maßregeln schon erwachsen sind und welche weiteren nachtheiligen Folgen noch daraus entstehen können.“

Mit der Inhaberin der Firma des einliegenden Briefes stehe ich seit Jahren in einem regen Verkehr und mache einen jährlichen Umsatz von ca. 20.000 M.

Machen Sie sich nicht ein Bild von derartigen Vorurtheilen und Sie werden gewiss zu der Ueberzeugung gelangen, daß analoge Fälle noch viele vorgekommen sind und noch vorkommen werden.“

Der beigelegte Originalbrief lautet wörtlich: „Kieß, den 9./21. September 1885. Herrn Max Gutmann, Mainz. Hiermit habe ich die Ehre Ihnen mitzutheilen, obwohl es mir persönlich recht unangenehm ist, daß wir mit Deutschland keine Handelsverbindungen mehr haben können wegen der letzten grausamen Maßregeln, die von Fürsten Bismarck an die Polen zu Boden angeordnet worden, als Mitglied dieser Nationalität. Mit Hochachtung L. Kunderewitsch (in Firma: Marie Kunderewitsch Voe.).“

Eines Commentars bedürfen diese Schriftstücke nicht, welche beweisen, daß die Maßregeln der preussischen Regierung die Interessen der Reichsangehörigen schädigen.

Betreffs der in der Thronrede angekündigten Vorlagen zum Schutze der deutschen Nationalität in den östlichen Grenzprovinzen wird der „Pol. Corr.“ gemeldet, daß die Regierung Anstrengungen anzufangen beabsichtigt, welche zur Schaffung deutscher bauerlicher Elemente benutzt werden sollen; für diesen Zweck dürften mehrere Millionen Mark von Landtage gefordert werden.

Die „Kreuzzeitg.“ meint dazu, daß wahrscheinlich kleine deutsche Bauernbesitzungen in Form von Rentengütern geschaffen werden sollten, jenem Projecte gemäß, welches kürzlich Gegenstand der Erörterung des Landesökonomie-Collegiums war. Wenn das wirklich des Pudels Kern sein sollte, dann sinken freilich die Erwartungen bezüglich der Pläne der Regierung bedeutend herab.

Die Hinderungen in Athen und Belgrad.

Die Griechen sowohl als die Serben scheiden sich an, über die Note der Großmächte, welche die Abrüstung verlangte, ganz ungenirt zur Tagesordnung überzugehen und dieselbe einfach zu den Acten zu legen. Die ganze, mühsam zu Stande gebrachte Action geräth somit wieder in die Brüche. Zunächst freilich giebt man sich der Hoffnung hin, daß die übergeordneten Kleinen doch noch Vernunft annehmen und pariren werden. So schreibt uns unser Berliner Δ-Correspondent von gestern: „In hiesigen politischen Kreisen wird auf die Stellung, welche Serbien, Bulgarien und Griechenland gegenüber dem Antrage der Mächte auf Abrüstung eingenommen haben, kein besonderer Werth gelegt. Man darf annehmen, daß zwischen den Mächten Vereinbarungen auch für den Fall getroffen worden sind, daß die drei Balkanstaaten dem Antrage der Mächte zögernd oder gar keine Folge leisten würden. Es handelt sich jetzt darum, das Ansehen der völligen Uebereinstimmung der europäischen Mächte zu wahren und die Mächte werden zweifellos nichts unterlassen, um dem „europäischen Concert“ volle Achtung zu verschaffen.“

Officiell wird hierüber geschrieben: Daß der nach Athen, Belgrad und Sofia ergangene Abrüstungsvorschlag der Mächte dort, wie bezüglich der ergebnissen beiden Plätze berichtet wird, nicht gleich offenes Ohr und willigen Gehör findet, liegt in der Eigenart orientalischer Verhältnisse, wo auch die einfachsten Vorgänge sich selten so glatt und leicht abwickeln, als dies nach abendländischer Anschauungsweise der Fall sein müßte und sollte. Orientalische Politiker gönnen sich in ihren Entschlüssen Zeit; es wäre daher unrichtig, aus der bloßen Thatfache, daß den Anregungen Europas in der Abrüstungsfrage nicht sofort und unweigerlich Folge gegeben wird, folgenschwere Consequenzen zu ziehen. Es sind aufeinander mehr Emagungen lokaler und parteiatischer, als allgemeiner politischer Natur, die in Belgrad und Athen zum einstweiligen Temporisiren Anlaß geben, aber dem günstigen Erfolg des großmächtlchen Zusammenwirkens kaum werden präjudiciren wollen. Namentlich in Athen dürfte man wohl bald zu dem Erkenntnis kommen, wie nützlich angeichts der formidablen türkischen Rüstungen das sorgeleiste Riebgel mit haushälterischen Tendenzen sich gestaltet, und dementsprechend die Ermahnungen der Mächte nicht so ohne weiteres von der Hand weisen.

Die Zukunft wird lehren, wie weit sich diese Annahmen als gerechtfertigt erweisen. Jedenfalls fängt man schon an, die Eventualität eines türkisch-griechischen Zusammenstoßes ernstlich zu erwägen. So erzählt das „XX. Siècle“ aus London, daß im Falle eines solchen Krieges zwischen England, Frankreich und Italien einen See-Conflict im Mittelmeer zwischen den Kriegsführenden herbeiführen würden. Die offizielle Ablehnung der Abrüstungsvorschläge der Großmächte durch Griechenland ist übrigens noch nicht erfolgt; Privatdepeschen aus Athen deuten jedoch an, daß das Ministerium mit seiner Entlassung drohe, wenn der König auf der Annahme der Vorschläge der Großmächte bestehen sollte.

In Serbien handelt es sich gleichfalls im Innern um die Existenzfrage des Cabinets. Belgrader Telegrammen von gestern zufolge ist gutem Vernehmen nach der König für eine Fusion der patriotischen Parteien und sucht dieselbe auf jede Weise zu fördern. — Der Ausschuss der Fortschrittspartei hat den Vorschlag von Birtschanah betreffend eine Coalition mit Ristits abgelehnt; das Executionscomité erklärte darauf, den Ministerpräsidenten Garaschaniin voll und ganz unterstützen zu wollen.

Frankreich und der Carlismus.

Man wird sich des Aufsehens erinnern, welches vor Kurzem entstand, als die Meldung durch die Presse lief, Deutschland habe in Paris in ziemlich deutlicher Weise erklären lassen, daß es ihm nicht gleichgültig sein würde, wenn Frankreich an seiner spanischen Grenze nicht nachdrückliche Maßregeln gegen die carlistischen Unruhen ergreifen und deren Treiben ruhig zusehen werde. In Frankreich und auch in einem Theile der spanischen Presse gab die Meldung zu vielen und lebhaften, oft mit bitterem Groll gegen Deutschland gemischten Erörterungen Anlaß. Nachdem die Wichtigkeit der Meldung darauf bereits von anderer Seite Widerpruch gefunden, erfährt man auch ein unzweideutiges Dementi von der französischen Regierung selbst. Den Pariser Zeitungen ist nämlich seitens der officiellen „Agence Havas“ ein Communiqué zuge-

gangen, nach welchem es vollkommen unrichtig ist, daß irgend eine auswärtige Regierung der französischen Regierung gegenüber Bemerkungen oder Vorschläge irgend welcher Art bezüglich der Ueberwachung der spanischen Grenze gemacht habe. Die Regierung der Republik sei sich ihrer Pflichten gegen Spanien, als Nachbarstaat, wohl bewußt und habe sie pünktlich erfüllt.

Der viele darüber gemachte Lärm war also ein Lärm um nichts.

Der schwedische Reichstag ist gestern vom König mit einer Thronrede eröffnet worden, worin es unter Anderem heißt: Die Beziehungen des Reichs zu den auswärtigen Regierungen sind niemals günstiger gewesen. Was die Lage einiger wichtigen Industrien und Gewerbe anbelangt, so sei dieselbe, wie in andern Ländern auch, eine weniger befriedigende. Der Regierung seien zahlreiche Petitionen um Einführung von Schutzzöllen zugegangen, dieselben seien Gegenstand der verfassungsmäßigen Erwägung. In Vorlagen werden angekündigt Gesetzentwürfe über die Umbildung des Reichswesens und des Bankwesens; für die Fortsetzung der nördlichen Stämmeisenbahn werden die erforderlichen Mittel nachgesucht.

Reichstag.

27. Sitzung vom 18. Januar.

Zweite Beratung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung.

Abg. Gamp (Reichsp.) will die Mißverständnisse, welche seine Rede bei der ersten Lesung erregt hat, aufklären. Die volle Anerkennung für die Leistungen der Postverwaltung kann keine Partei nicht hindern, die wichtige Frage, wie es mit den finanziellen Ergebnissen der Post steht, insbesondere wie sie sich stellen, wenn die Leistungen der Eisenbahnverwaltung in Rechnung gestellt werden, hier zu erörtern. So lange ein großer Theil der Eisenbahnen im Privatbesitz sich befindet, hatte diese Frage für die allgemeinen Verkehrsinteressen keine erhebliche Bedeutung; denn die Summen, welche die Eisenbahnen einbrachten, gingen den Dividenden der Actionäre verloren. Durch den Uebergang der Eisenbahnen in die Hände des Staates sind dieselben ganz in die öffentlichen Interessen eingetreten. Die erheblichen unentgeltlichen Leistungen der Eisenbahnverwaltung sind für dieselben ein großes Hindernis, die Tarife zu ermäßigen. Es ist eine Ermäßigung der Stückgutbeförderungen für viele Transporte, sowie der Tarife für Düngersubstrate angeregt worden. Es kommt ferner in Frage die namentlich von den landwirtschaftlichen Kreisen der östlichen Provinzen gewünschte Ermäßigung für Getreidebeförderungen von Osten nach dem Westen; es wird jetzt gerade an die preussische Eisenbahnverwaltung die wichtige Frage einer Ermäßigung der Ausnahmetarife für weisfällische Rohle, um der englischen Kohle das Abgabegeld an den Küsten der Nordsee fortzunehmen, herangetragen. Allen diesen Fragen gegenüber befindet sich die Eisenbahnverwaltung jetzt in einer großen Zwangslage, sie kann diese vom Handel, von der Industrie und der Landwirtschaft dringend gewünschten Frachtermäßigungen nicht bewilligen, weil ihre finanziellen Ertragsnisse es nicht gestatten. Dieses war und ist der Kernpunkt meiner Bemerkungen. Der Hr. Staatssecretär hat einen erheblichen Ueberschuß der Postverwaltung herausgerechnet. Er sagt: aus dem Ueberschuß, wie er sich nach Lage des Etats auf 23 1/2 Mill. stellt, treten eigentlich eine ganze Masse Ausgaben, die die Post gemacht hätte, Wohnungsgelddarlehen, Beamtenvermehrung, Gehaltssteigerungen, portofreie Beförderung der Reichscorrespondenz, Aufhebung des Landbriefbestells. Der Hr. Staatssecretär wird mir darin Recht geben müssen, daß, wenn man die finanziellen Betriebsergebnisse einer Verwaltung einer Vertheilung unterziehen will, man unmöglich diese notwendigen und nützlichen Ausgaben gewissermaßen in ihr Credit schreiben kann. Dagegen gebe ich ihm Recht, daß allerdings die portofreie Beförderung der Reichscorrespondenz eine Last ist, die der Post mit dem vollen Betrage von 8 Mill. in Rechnung gestellt werden muß. Wenn man nun von den Einnahmen, die sich nach dem Etat auf 23 1/2 Mill. stellen, den Betrag für die Witten- und Walfenirsorge abzieht, so würde ein Einnahmeüberschuß von 22 Mill. bleiben; dazu die 8 Mill. für portofreie Beförderung der Reichscorrespondenz, so daß wir einen wirklichen Ueberschuß von 30 Mill. vor uns haben. Welche Ausgaben entstehen nun der Eisenbahnverwaltung durch die unentgeltliche Beförderung der Post? Angenommen, die preussischen Staatsbahnen befördern etwa 120 Mill. Achskilometer, die übrigen Privat- und Staatsbahnen noch dazu 40 Mill., so würden sämtliche Bahnen etwa 170 Mill. M. aufwenden müssen, um erst diejenigen Selbstkosten zu decken, die durch die unentgeltliche Beförderung der Postcorrespondenz entstehen. Stellt man aber solche Gebühren in Rechnung, wie sie die Postverwaltung ohne ihr Privilegium gewähren müßte, so kommen 41 Mill. M. heraus, während die Post nur 6 Mill. M. Entschädigung zahlt. Darnach hat also die Postverwaltung in den letzten Jahren keine Ueberschüsse ergeben, sondern diese find ihr von der Eisenbahnverwaltung gegeben worden. Redner erklärt sich für eine Erhöhung des Portos für Druckfachen, da dieselben größtentheils nicht dem geistigen Verkehr, sondern dem Reclamenbedürfnis dienen, und kommt dann auf einmal auf das Verhältnis der Post zu den Eisenbahnen zu sprechen. Er will übrigens das Privilegium der Post nicht aufheben, sondern nur rechnungsmäßig feststellen lassen, was die Postbeförderung die Eisenbahn kostet.

Staatssecretär v. Stephan hat den Eindruck, als ob diese eben gehörte Rede hier nicht hergehört. Entweder hätte sie in der Commission gehalten werden müssen, oder, was z. B. die Fragen des Kohlentarifs und der preussischen Eisenbahnverwaltung betrifft, im preussischen Landtag. Es würde mir gar nicht schwer werden, diese Rede mit Zahlen wie mit anderen Gründen Satz für Satz zu widerlegen. Dazu würde ich aber auch wieder beinahe eine Stunde brauchen, was bei der Lage der Geschäfte in diesem hohen Hause doch einigermaßen verwerflich sein würde. (Beifall links.) In der Commission hat der Vorredner ungeachtet wiederholter Auforderungen, doch nun zu den Angriffen im Einzelnen überzugehen, die er in der ersten Rede in Aussicht gestellt hatte, das nicht gethan. Ich habe den Eindruck, es wird hier etwas zum Vorschein gebracht. (Sehr richtig! links.) Das Verhältnis der Post zur Eisenbahn ist bei dem Gesetz vom 20. Dezember 1875 im Reichstag ausführlich erörtert worden, und indem er damals der Vorlage mit großer Majorität beitrug, hielt er den Standpunkt aufrecht, der auch früher immer maßgebend war, daß die Eisenbahn zu diesen Leistungen verpflichtet ist, weil ihr dafür Äquivalente abgezogen sind: nämlich das gesamte Postmonopol der Personenbeförderung, das Monopol welches nötig war, um für Briefe und Druckfachen im Interesse der Nation das billige Porto zu erhalten. Und hier stehe ich auf einem ganz anderen Standpunkt als

der Nationalökonom: wenn er sagt, daß die Kohlen billig befördert werden müßten, so sage ich, es sei vor allen Dingen wichtig, daß die Briefe, die Annoncen und die Druckfachen billig befördert werden, weil darin der geistige Verkehr ruht und weil überhaupt der Geist der Materie vorgeht. Der ganze Handel und Verkehr wird erst durch die Briefe, durch die Post gemacht. Gegen die Rechnungen, die die Eisenbahn aufgestellt hat und die im preussischen Abgeordnetenhaus vorgebracht sind, protestire ich; sie sind gar nicht contradictorisch zwischen den beiden Verwaltungen festgesetzt und beruhen auf einseitigen Berechnungen der Eisenbahnverwaltung. Nach unseren Rechnungen kommen nicht 12, sondern 4 Mill. heraus, und wenn wir alle die Kosten in Berechnung stellen, welche die Eisenbahn der Post dadurch verursacht, daß sie uns durch den äußerst kostspieligen Apparat der ambulanten Bureaus zu einem sehr erheblichen Kostenanstand für ein doppeltes Personal nötigt, ebenso für Gebäude an Orten und in Gegenden, wo es uns niemals in den Sinn kommen würde, für Rechnung der Postverwaltung Gebäude aufstellen, so kommt durch diese Gegenrechnung ein Betrag von 11 Mill. heraus, der billigerweise mitberechnet werden muß. Solche Leistungen einer Verwaltung für die andere kommen überall vor. Der Abgeordnete hat selbst erwähnt, daß die Post 8 Mill. dadurch verliert, daß sie zur portofreien Beförderung der Reichsdienstleistungen genötigt ist. Sodann führen die preussischen Gerichte sämtliche fisciatische Prozesse portofrei. Wenn ich mir die Zahlen vergegenwärtige, die der Hr. Abgeordnete citirt hat — es ist ihm diesmal kein Malheur mit den Zahlen passiert (Heiterkeit) —, daß der Ueberschuß etwa auf 30 Mill. (die genaue Zahl ist 32 Mill.) zu stehen kommen würde, wenn man die Erträge, die in der ersten Plenarberatung erwähnt wurden, hinzunimmt, dann würde sich der Ueberschuß der Postverwaltung auf 18 pCt. stellen, höher als in den glänzendsten Jahren der Magischen Verwaltung. Damals, als die hohen Portosätze bestanden und die fisciatischen Interessen peinlich gemacht wurden, betrug der Ueberschuß 15, 16, 13, später 8, einmal sogar 4 pCt. Dem gegenüber ist das doch in der That ein sehr erhebliches Resultat. Eine Aenderung des Druckfacentarifs habe ich allerdings für erwünscht erklärt. Es fragt sich nur, was man unter Aenderung versteht. Sie verstehen darunter eine Erhöhung des Tarifs. Der finanzielle Effect derselben würde freilich außerordentlich unbedeutend sein. Es werden jetzt im Ganzen 102 205 600 Druckfachen befördert. Davon sind nur 4 578 000 solche zwischen 50 und 100 Gr.; das ist die Klasse, der der Abg. Gamp seine besondere Theilnahme gewidmet hat; die übrigen sind unter 50 Gramm. Der Einnahmeausfall bei Einführung des Portosatzes von 5 S. für Sendungen im Gewicht von 50–100 Gramm würde jährlich 273 000 M. betragen. Diese Erhöhung würde aber überhaupt nicht eintreten, weil eine große Zahl von Sendungen mit der Post gar nicht befördert werden würde. Der Annoncenverkehr, der für das Geschäft so wichtig ist, würde wesentlich beeinträchtigt werden. Die Maßregel kann ich als zweckmäßig zur Erreichung eines höheren Ueberschusses nicht anerkennen. Ich habe die Ehre gehabt, seit der Entstehung des Reichstages an den parlamentarischen Arbeiten Theil zu nehmen. Früher wurde mir immer das Gegenstück gesagt! Herr v. Unruh, Nieper vom Centrum, Vasser, Graf Stolberg (Wernigerode), Schröder (Friedberg), Grumbrecht, v. Schorlemer-Alst, sie alle waren der Meinung, daß die Post in erster Linie Verkehrsanstalt und keine Einnahmequelle für das Reich sein sollte. Sie sehen, wenn ich damals die Ueberschüsse zur Ablieferung gebracht hätte, wie heute, so würde es mir fast gegangen sein wie Al. Hoff, der zu Saladin sagte: „Ja, wenn ich auf Ueberschuß von Euch wär ergriffen worden.“ (Heiterkeit.) So ändern sich die Ansichten, aber wir nicht, wir stehen auf demselben Standpunkt. Was schließlich das Zeitungsporto betrifft, so stimme ich mit dem Abgeordneten darin durchaus überein, daß die jetzige Portofestsetzung für die Zeitungsgebühren durchaus kein Ideal von Tarif darstellt. Es geht das Prinzip des Frankirens nach gewissen Prozentsätzen, und daraus müssen gewisse Ungleichheiten entstehen, namentlich wenn eine Zeitung mehr als einmal täglich befördert wird, oder ein sehr niedriger Abonnementspreis festgelegt ist. Das ist klar, aber es besteht das Prinzip seit 1843, also seit beinahe 40 Jahren, und dieser Industriezweig hat sich daran gewöhnt. Änderungen, denen ich nicht abhold sein würde, wenn sie das Nötigste trafen, würden außerordentliche Verschiebungen hervorrufen, die keinen Menschen befriedigen. Der Staatssecretär giebt Hrn. Gamp anheim, solchen Antrag einzubringen; wenn derselbe dann angenommen würde, werde ihn die Verwaltung in wohlwollender Erwägung ziehen. (Heiterkeit. Beifall rechts.)

(Schluß in der Beilage.)

Deutschland.

Berlin, 18. Jan. In der Viehseuchencommission, welche morgen die 2. Lesung der bekanntlich abgelehnten Vorlage beginnt, haben die Abg. v. Hüft, Schreiner und Scipio die Annahme des Gesetzes in folgender Fassung beantragt: § 45 des Gesetzes soll also lauten: Die Polizeibehörde hat die Tödtung der nach dem Gutachten des beamteten Thierarztes an der Lungenseuche erkrankten Thiere, sowie der verdächtigen Thiere anzuordnen. An Stelle der Tödtung können die lediglich der Ansteckung verdächtigen Thiere innerhalb 14 Tage zum Zwecke sofortiger Abschachtung ausgeführt werden. In einzelnen Fällen kann der Bundesrath unter Anwendung der nöthigen Vorichtsmaßregeln die Ermächtigung erteilen, an der Lungenseuche erkrankte oder verdächtige Thiere mit Zustimmung der Besitzer zu Impfen zu lassen zu benutzen. Das Gesetz soll am 1. April 1886 in Kraft treten; die Regierungen werden jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesraths für einzelne Theile des Staatsgebietes den Einführungstermin bis spätestens zum 1. April 1891 aufzuschieben. Die Annahme dieses Antrages ist nicht unwahrscheinlich.

F. Berlin, 18. Januar. Die schwere Schädigung der deutschen Industrie durch die erhöhten russischen Zölle bringt unsere Schutzzöllner auf allerlei Gedanken, welche mit den Grundfögen des Schutzsystems und speziell der deutschen Schutzpolitik gar nicht mehr verträglich sind. Die aus den Kreisen der rheinisch-westfälischen Kleinindustrie an den Reichskanzler ergangene dringende Aufforderung, sich um den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland zu bemühen, hat auch in der streng schützpolitischen Großindustrie viel Anklang gefunden, weil die russische Schutzpolitik unterchiedslos alle Erzeugnisse der deutschen Eisenindustrie trifft. Das Organ der rheinisch-

weltlichen Schutzöllner, die „Rhein-Westf. Ztg.“ bemüht sich denn auch nach Kräften, der russischen Regierung die Vertheilung einer Abfertigungspolizei nachzuweisen. Es kommen dabei gar manche Ausführungen vor, welche bei jedem Vertheidiger der herrschenden deutschen Zollpolitik als arge Rezerrien gelten müssen. So rechnet z. B. die „Rhein-Westf. Ztg.“ der russischen Regierung vor, daß Rußland in den ersten acht Monaten d. G.-J. nur für 318 Millionen Rubel exportirt und für 247 Mill. Rubel importirt habe; gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres sei also der Export um 35 Millionen und der Import um 86 Mill. gesunken. Was aber will mit solchen Zahlen der russischen Regierung ein deutscher Schutzöllner beweisen, der, wenn ein gleich großer Rückgang der Einfuhr in seinem Vaterlande stattgefunden hätte, dieses Resultat jubelnd als einen Erfolg der deutschen Zollpolitik gepriesen haben würde? Ja, das genannte Blatt verweist ferner in seinem Eifer, die russische Regierung vom Schutzöll abzubringen, sogar zu der Behauptung, daß Deutschland und Rußland „in der Rolle von gleichgebenden und gleichempfangenden Ländern auf einen gegenseitigen Austausch ihrer Waaren angewiesen sind, der seiner Natur nach eine Ergänzung der beiderseitigen Production bedeutet.“ Wie kann man aber so kurzen Gedächtnisses sein, um völlig zu vergessen, daß die herrschende deutsche Zollpolitik von einem „gegenseitigen Austausch“ überhaupt nichts wissen will?

Oft genug ist von Vertretern der Reichsregierung, ja vom Reichszollamt selbst ausgeführt worden, daß die Einfuhr von russischem Roggen, russischem Hafer und russischem Holz ein wirtschaftliches Unglück für Deutschland sei, welches man mit allen Mitteln der Zoll- und Eisenbahntaripolitik abzuwenden müsse. Nein, so leicht ist es denn doch nicht, im eigenen Hause die ärgste Abfertigungspolitik zu treiben und gleichzeitig den Nachbarn von den Segnungen eines umfangreichen Waarenaustausches zu überzeugen. Will das deutsche Reich für den Abzug seiner Industrie in Rußland bessere Zollverhältnisse erlangen, so ist es eine Vorbedingung, daß Deutschland durch seine Zollpolitik die Ueberzeugung von dem Nutzen des internationalen Handelsverkehrs endlich wieder selbst betätigt.

* [Polizei in Deutsch-Südwestafrika.] Kriegerische Zwischenfälle in Südwestafrika werden in einem Artikel der „Rdn. Ztg.“ über die dortigen deutschen Schutzgebiete als unaussprechlich angesehen, falls nicht daselbst zur Unterdrückung des Reichscommissars Dr. Göring eine kleine Polizeistation, bestehend aus „einem deutschen Wachtmeister mit 6—12 Mann“, errichtet wird. Begründet wird der Vorschlag mit der zwischen den Namaquas und Hereros seit Jahren bestehenden Feindschaft, welche dadurch, daß beide Völker jetzt unter einer Oberhoheit stehen, nicht aus der Welt geschafft werde. „Die geringen Kosten einer solchen Polizeistation können nicht in Betracht kommen, da es sich darum handelt, der Möglichkeit ernstlicher Zusammenstöße vorzubeugen, welche Deutschlands Ansehen gefährden und noch viel größere Kosten im Gefolge haben könnten.“ Wie freilich auf einem viele hundert Quadratmeilen umfassenden Lande das deutsche Ansehen wilden Stämmen gegenüber durch dreizehn Polizeisoldaten gewahrt werden kann, ist eine sehr problematische Sache.

* [„Reichsfeinde.“] Das Centrum wird mit Befriedigung Notiz davon nehmen, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ in ihrem Artikel über die Ausweisungsbefugnisse dem Centrum, obgleich dieses durch seine Stimmen allein die Annahme des Antrages ermöglicht hat, ein relatives Vertrauensvotum erteilt, indem sie schreibt: Die Fraction Windthorst hat im Ganzen mit mehr Bildung und Patriotismus unter ihren Wählern zu rechnen, als die Fortschrittspartei und die Socialdemokraten. Demnach scheint der Vorwurf der Reichsfeindlichkeit nunmehr ausschließlich für die beiden letzteren reservirt zu werden.

* [Die Ausweisungsbefugnisse im Abgeordnetenhaus.] Die polnische Fraction des Abgeordnetenhauses wird nunmehr, wie die „Germania“ mittheilt, nachdem der Reichstag seinen Beschluß über die Ausweisungsbefugnisse gefaßt hat, unverändert die geplante Anfrage an die preussische Regierung einbringen.

* [Brantweinverträge und -Consum.] Den Motiven zum Gesetzentwurf betreffend die Einführung des Brantweinmonopols ist eine Uebersicht der in Frankreich, England, Rußland, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Belgien, den Niederlanden und Schweden im Ganzen und auf den Kopf der Bevölkerung aufkommenden Steuerbeträge aus dem Brantwein und des Brantweinconsums beigegeben. Danach beträgt in Frankreich die Netto-Einnahme aus dem Brantwein 237 500 000 Frs., pro Kopf 6,73 Frs., in England 15 000 000 Lstl., pro Kopf 0,41 Lstl., Rußland 250 000 000 Rubel, pro Kopf 3 Rubel, Vereinigte Staaten von Nordamerika 74 500 000 Dollars, pro Kopf 1,5 Dollar, Belgien 27 000 000 Francs, pro Kopf 4,9 Francs, Niederlande 22 000 000 fl., pro Kopf 4,9 fl., Schweden 19 500 000 Kronen, pro Kopf 4,33 Kronen. Der Consum reinen Alkohols stellt sich pro Kopf der Bevölkerung in Frankreich auf 5 Liter, England 2,75 bis 3 Liter, Rußland 7,5 Liter, Vereinigte Staaten von Nordamerika 5,5 Liter, Belgien 5,75 Liter, Niederlande 5—6 Liter, Schweden 4,5 Liter.

* In der Commission zur Verathung der Anträge Ausland und Genossen — Petroleumfabrik und Rechtsweg in Zollsachen — ist die freisinnige Partei durch die Abg. Dr. Barth, Brömel, Dr. Meyer (Halle) und Stiller vertreten. Vorsitzender ist Abg. v. Rulitz (Reichsp.), Stellvertreter Dr. Meyer (Jena) (nat.-lib.).

* [Deutsch-nationale Gewerbe-Ausstellung.] Die vor einiger Zeit „vom Rhein“ aus durch die „Berliner Politischen Nachrichten“ verbreitete Behauptung, daß es sich bei dem Plane der deutsch-nationalen Gewerbe-Ausstellung 1888 lediglich um eine Ausstellung des „Klein-Gewerbes“ handle, beruht, wie wir von Seiten der „Freien Vereinigung zur Vorbereitung der deutsch-nationalen Gewerbe-Ausstellung“ zu erklären erucht werden, durchaus auf Erfindung und scheint darauf berechnet, in letzter Stunde die Interessenten an dem Unternehmen irre zu machen. Nach den im Bureau der „Freien Vereinigung“ Berlin O. Brüderstraße 12 für jeden Berufenen zugänglichen Original-Entwürfen aus allen Theilen des deutschen Reichs ist die glänzende Betheiligung der deutschen Großindustriellen an der Ausstellung 1888, wenn diese stattfindet, vollkommen gesichert.

* [Deutsche Schienenlieferung für Serbien.] Die Lieferung der Schienen für die serbische Bahn Lapovacka ist, einem Belgrader Telegramm zufolge, von der Königs- und Laurahütte übernommen worden.

* [Die Zahl der Orden und Ehrenzeichen.] Welche bei dem letzten Ordensfeste verliehen sind, war größer als in einem der Vorjahre. Es haben nämlich 1436 Verleihungen stattgefunden gegen 1402

im Jahre 1885, 1334 im Jahre 1884, 1331 im Jahre 1883, 1271 im Jahre 1882, 1351 im Jahre 1881 und 1186 im Jahre 1880. Im Einzelnen sind verliehen 634 (1885 gerade ebenso viel) Rott Adlerorden, nämlich 1 1. Klasse, 16 Sterne zu 2. Klasse, 1 2. Klasse mit Stern, 49 2. Klasse ohne Stern, 3 Schleifen zur 3. Klasse, 89 3. Klasse mit Schleife, 1 3. Klasse ohne Schleife und 474 4. Kl.; ferner 186 (1885 183) Kronenorden, und zwar 4 1. Kl., 3 Sterne zur 2. Kl., 1 2. Kl. mit Stern, 28 2. Kl. ohne Stern, 46 3. Kl. und 104 4. Kl.; demnach 27 hohenzollernsche Hausorden (1 Adler der Comthure, 3 Adler der Ritter, Kreuze der Inhaber und 15 Adler der Inhaber), nämlich 589 (1885 554) Allgemeine Ehrenzeichen. Nach Berlin sind 270 Orden und Ehrenzeichen gefallen, d. i. fast 19 Proc. der Gesamtzahl.

* [Verkehr mit Arzneimitteln.] Wie die „Harm. Ztg.“ aus zuverlässiger Quelle berichtet, steht eine Revision der Reichsverordnung vom 4. Januar 1875 betreffs des Verkehrs mit Arzneimitteln in Aussicht. Den Einzelregierungen ist seitens des Reichsamts des Innern eine darauf bezügliche Vorlage zur Begutachtung überwiesen worden. Die Commission der ärztlichen Bezirksvereine und des Apothekervereins in Berlin hatte bereits vor einiger Zeit dem Reichszollamt ein Gesuch um Bekämpfung des Geheimmittelhandels überreicht, in welchem die Aufhebung der vorerwähnten Verordnung und deren Ersetzung durch eine andere befürwortet wird, wonach das Anfertigen, Feilhalten, Feilbieten und der Verkauf von Arzneimitteln jeder Art mit Einschluß der Geheimmittel und der pharmaceutischen Specialitäten zu Heilzwecken im Kleinhandel ausschließlich den Apotheken zugewiesen wird.

* Coburg, 17. Jan. Für den ältesten, zwölfjährigen Sohn des Herzogs von Coburg, des Sachsen-Coburgischen Thronfolgers Prinz Alfred von Großbritannien, ist in Coburg das kaiserliche Willensbestimmthum soeben angekauft worden, da derselbe vom kommenden Sommer ab einen dauernden Wohnsitz hier nehmen wird.

* Schwerin, 18. Januar. Das großherzogliche Hoftheater begiebt gestern die Feier seines 50jährigen Jubiläums. Der Festvorstellung wohnte, wie am Eröffnungstage im Jahre 1836, die Frau Großherzogin Mutter, Schwester des Kaisers, bei. Der Großherzog hatte durch ein aus Cannes an den Intendanten, Freiherrn v. Ledebur, gerichtetes Telegramm allen Mitgliedern des Hoftheaters seinen Glückwunsch und Dank ausgesprochen, ferner dem Kapellmeister Schmitt in seiner an denselben gerichteten Depesche die besondere Anerkennung für dessen 30jährige Verdienste um die Pflege der Musik in Mecklenburg.

* Straßburg, 18. Januar. [Der elsässische Landesausschuß] ist heute in Straßburg zusammengetreten. Die diesmalige Session erregt deshalb ein erhöhtes Interesse, weil sie die erste seit dem Amtsantritt des neuen Statthalters Fürsten Hohenlohe ist. In seiner Eröffnungsrede constatirt der Statthalter, daß es auch für 1886/87 möglich sein wird, die Ausgaben sowohl des ordentlichen wie des außerordentlichen Etats ohne Inanspruchnahme des Credits zu decken. Es bleibe für das neue Etatsjahr, nach Deckung aller laufenden Ausgaben, ein erheblicher größerer Betrag als im Vorjahre zu außerordentlicher Verwendung übrig, in erster Linie zu Meliorationen im landwirtschaftlichen und Verkehrsinteresse, außerdem aber zur vermehrten Schuldenentlastung, sowie zur Erhöhung von Staatszuschüssen an Gemeinden zu verwenden. Die Regierung habe eine besondere Untersuchung über die Mittel zur Hebung des landwirtschaftlichen Personalcredits veranlaßt, deren Ergebnis den Ausschüssen mitgetheilt werden würde. Es wurde sodann die Wiederholung einiger in der vorjährigen Session unerledigt gebliebener Vorlagen angekündigt.

Nach der Rede des Statthalters hielt der Alterspräsident Bid eine kurze Ansprache, in welcher er die Versammlung ersuchte, zu Ehren des verstorbenen Generalfeldmarschall von Manteuffel sich von den Sigen zu erheben. Bei der Wahl des Präsidiums wurden der frühere Präsident Jean Schlumberger, sowie die Vicepräsidenten Jörn v. Bulach (Bater) und Jaumez wiedergewählt, ebenso der erste Schriftführer Charpentier.

* Frankreich. Paris, 18. Januar. General Courcy, der bisherige Obercommandant in Tongking, ist nach Frankreich zurückberufen worden und soll durch Waret ersetzt werden. Die Regierung trifft Vorbereitungen, um die in Tunis belagerten Infanteriebataillone wieder nach Frankreich zurückzuführen. Der Conseilpräsident Freycinet erhielt heute Vormittag den Text des Vertrages mit Madagascar.

* England. London, 18. Januar. Die „Times“ veröffentlicht ein Schreiben des Herzogs von Bedford, in welchem derselbe erklärt, er würde aus der liberalen Partei austreten, falls Gladstone seinen Einfluß im Parlament dahin geltend machen sollte, die loyalen Unterthanen in Irland der Herrschaft ihrer treulosen Gegner zu überliefern, — ein Zeichen, wie sehr unter den Liberalen selbst noch immer, trotz Gladstones Beschwichtigungen, die Befürchtung besteht, daß dessen Home-Rule-Pläne verwirklicht werden könnten.

* Belgien. Brüssel, 17. Jan. Der clericale „Baix“ bringt heute die Mittheilung, daß die Congoanleihe gescheitert und die Erbauung der Congoeisenbahn, wie der Anlauf von Schiffen vertagt sei!

* Rußland. Petersburg, 15. Januar. Eine Reorganisation des Ministeriums des kaiserlichen Hofes steht, der „Now. Wr.“ zufolge, binnen Kurzem bevor. Die besonderen Institutionen des Ministeriums, welche bis hierzu ganz selbstständig bestanden, nämlich das Cabinet, die Controle und die Kanzlei des Ministeriums sollen in einer neuen „Centralverwaltung des Hofministeriums“ vereinigt werden, an deren Spitze der Chef-Controleur des Hofministeriums, Staatssecretär N. S. Petrow mit den Rechten eines Ministergehilfen stehen soll. Mit dieser neuen Organisation sind Budgeterparnisse und eine Vereinfachung des Geschäftsganges verbunden.

* [Die Armee des Congoaates.] Aus Brüssel ist neuerdings die Meldung verbreitet worden, die Congo-Regierung habe jetzt die Errichtung einer Armee zum Schutze der staatlichen Einrichtungen beschlossen. Hierbei ist daran zu erinnern, daß schon lange bevor der Congoaats seinen Namen angenommen hatte, die Association Internationale Africaine eine regelrechte afrikanische Armee von mehr als 2000 Mann gebildet hatte. Die zumeist aus Zanzibariern (Wangwana und Wanyamachi) gebildete Truppe ist gleichmäßig gekleidet, nach arabischer Art in Keinen mit Turban, barfüßig, gleichmäßig bewaffnet und regelrecht eingeübt. Auf allen Stationen des Congoaates steht eine größere oder kleinere Abtheilung dieser Truppen zum Schutze der Station und zur Ausführung der Feld- und Haus-

arbeiten. In Stanley's neuestem Werke: „Der Congo“ kann man nach einer photographischen Aufnahme die zu Witi befindliche Abtheilung in Reih und Glied aufgestellt sehen, wie sie von Weitem einer Besichtigung unterzogen wird. Zur leichteren Bewegung dieser Streitmacht des Congoaates nach verschiedenen gefährdeten Punkten ist neuerdings der große Transportdampfer „Stanley“ nach dem oberen Congo gebracht worden. Damit kann man, falls wieder Raubzüge der Araber unternommen werden sollten, schnell einige Hundert dieser Truppen an die bedrohten Stellen bringen.

Die Angabe, daß eine Armee gebildet werden sollte, muß also als ein Irrthum betrachtet werden; es dürfte sich wohl nur um eine Vermehrung derselben oder um Ausbildung neuer Leute handeln, da die Mannschaften sich nur auf eine gewisse Zeit verbinden und dann vom Congoaats selbst in ihre Heimath zurückgebracht werden.

Danzig, 19. Januar. Wetterausichten für Mittwoh, 20. Januar. Original-Telegramm der Danziger Zeitung auf Grund der Prognose der Deutschen Seewarte.

Bei wenig veränderter Temperatur und mäßigen Südwinden veränderliche Bewölkung. Schnee.

* [Ans den Stats pro 1886/87] ist ferner noch mitzutheilen, daß für den Umbau eines für den Arbeitsbetrieb bestimmten Gebäudes bei der Strafanstalt in Neue 29 100 Mk. ausgelegt sind. Dies Gebäude, in welchem sich Arbeitsräume für ca. 100 Sträflinge befinden, ist bei vorgenommener Untersuchung so schachalt befunden, daß ein Umbau bzw. Veränderungsbau dringend geboten erscheint. Der Umbau soll so bald als möglich beginnen.

Für die Errichtung des neuen westpreussischen Consistoriums in Danzig enthält der Cultus-Etat — wie wir zur Ergänzung des Telegramms in der heutigen Morgen-Ausgabe bemerken — folgende Specialanläge: Besoldung für den Director 9900 Mk., für einen voll besoldeten Consistorialrath 5100 Mk., für einen geistlichen Rath im Nebenamt 900 Mk., für einen Secretariats-Assistenten 1875 Mk., für einen Kanzlisten 1950 Mk., Wohnungsgelbzuschuß für den Director 900 Mk., für den vollbesoldeten Rath 660 Mk., für die beiden Bureaubeamten je 432 Mk., für Copialisten 900 Mk., Unterfütungen 250 Mk., Mische für Geschäftszwecke und zu Bureaubedürfnissen 6000 Mk., Diäten und Fuhrkosten 1000 Mk., zusammen 29 399 Mk.

* [Geldverleihungen nach dem Rhein.] Nach einer von dem Herrn Provinzial-Steuer-Director an das Vorsteheramt der Kaufmannschaft gelangten Benachrichtigung hat der Herr Finanzminister unterm 31. December 1885 dahin verfügt, daß es bei der Vergebung von Getreide und Hülsenfrüchten des freien Verkehrs aus den deutschen Häfen nach Handelsplätzen am Rhein zur Sicherung gegen die Gefahr einer Vertaufung der inländischen mit gleichnamigen ausländischen Waaren zweckmäßig erscheint, in den Declarationscheinen über die in Rede stehenden Sendungen den Namen und Wohnort des inländischen Empfängers der Waare angeben und beim Wiedereingangsamt eine Vergleichen mit dem Inhalte der Frachtbriefe stattfinden zu lassen.

* [Neue Erziehungs-Anstalt.] Der dem Abgordnetenhaus jetzt vorliegende Etat des Ministers des Innern enthält diesmal einen Anlaß von 149 800 Mk. zur Errichtung einer Erziehungs- und Besserungs-Anstalt in Conradshammer bei Oliva, welche zum 1. October d. J. eröffnet werden soll. Zur Motivirung dieses Postens enthält der Etat folgende Mittheilung:

Nachdem durch Erwerbung des Schlosses in Wabern die Möglichkeit gewährt ist, eine Erziehungs- und Besserungsanstalt für jugendliche Verbrecher evangelischer Confession, welche nach § 56 des Strafgesetzbuchs in einer Besserungsanstalt unterzubringen sind, herzustellen, erscheint es geboten, eine ähnliche Einrichtung auch für Corrigenden katholischer Confession zu begründen. Nach vielfachen Ermittlungen ist ein zu stellenden Anforderungen vollkommen entsprechendes Grundstück in Conradshammer bei Oliva gefunden worden. Dasselbe läßt sich mit Anwendung mäßiger Kosten für den Ankauf und für die erforderlichen Umbauten für 80 jugendliche Personen einrichten. Der Kaufpreis beträgt für die Gebäude und für die dazu gehörigen, 10 Hectar (40 Morgen) umfassenden Ländereien (Baum, Obstgärten, Ackerwiesen) 90 000 Mk. Die sämmtlich in gutem Stande befindlichen Gebäude sind mit 84 708 Mk. gegen Feuergefahren versichert und haben nach technischen Ermittlungen einen Baupreis von 71 000 Mk.; der hiernach verbleibende Kaufpreis des Ackerz. ist ein sehr mäßiger. Es ist ferner die Uebersetzung von ca. 20 Morgen Acker zu einem Preise von 600 Mk. pro Morgen an den Fiskus gebohen worden. Da es wünschenswerth ist, die Zöglinge vollständig beschäftigen zu können, so muß dieses Ackerbieten als für das Interesse der Anstalt günstig betrachtet werden. Die einmaligen Kosten für die Herstellung einer Erziehungs- und Besserungs-Anstalt in Conradshammer würden hiernach für Ankauf des Grundstücks 90 000 Mk., Ankauf von weiteren 20 Morgen Acker 12 000 Mk., bauliche Einrichtung und Ausstattung 47 800 Mk., zusammen 149 800 Mk. betragen.

* [Kinderheilstätten-Lotterie.] Die zur Ausbringung der noch fehlenden Mittel für Vollendung der Kinderheil-Anstalt zu Poppo veranlaßte Lotterie sollte morgen gezogen werden. Da jedoch in Folge der lebhaften Concurrenz anderer Lotterien ein nicht unerheblicher Theil der 60 000 Loose bisher unverkauft geblieben ist, so hat der Vorstand des hiesigen Zweig-Vereins für Errichtung von Kinderheilstätten an den Seestädten sich genöthigt gesehen, nach eingeholter Genehmigung der zuständigen Behörde, den Ziehungstermin bis auf den 7. Juli hinauszuschieben.

* [Stadttheater.] Herr Ludwig Barnab, der zur Zeit in Nürnberg gastirt, wird, wenn sein etwas leidender Zustand nicht heftiger auftritt, schon am 24. d. M. zum Gastspiel hier eintreffen und Montag den 25. mit „König Lear“ beginnen.

* [Postalfähigkeit.] Nach Singapore, Penang, Malacca können fortan Pakete ohne Werthangabe auf dem Wege über Siam und Bombay befördert werden. Das Porto, welches vom Absender voraus bezahlt werden muß, beträgt 1 Mark für je 500 Gramm oder einen Theil von 500 Gramm.

* [Bildungsverein.] In der gestrigen, auch von Damen besuchten Versammlung begann Redacteur A. Klein einen der Schilderung des heutigen Afrika gewidmeten Vortrags — Cyclus. Redner gab in dem ersten Vortrage, den eine größere Wandkarte veranschaulichte, zunächst ein Bild der Schwierigkeiten und der natürlichen Hindernisse, welche sich der Erforschung dieses plumpen, noch immer dümmelsten Continents, dessen Inneres ein wohlverwahrtes Gefängnis bilde, entgegenstellen, wobei die großen Mühsale und Gefahren des Reisens, die schmerzlichen Heimkehrungen durch Hunger, Durst, Wassermangel und Wasserüberschuß, Landplagen der Thierwelt, durch Miströuen, Feindseligkeit, Habsucht und Kannibalisierung der Bewohner kurz geschildert wurden. Dann beschrieb der Vortrag in großen Zügen die Formation des afrikanischen Bodens und ging nun zu den einzelnen Küstenländern über, mit den Uferstaaten des mittelländischen Meeres beginnend und die Zuhörer im Geiste die ca. 10 800 Kilometer (1440 deutsche Meilen) weite Westküste entlang bis zur südlichsten Spitze (Port Elizabeth) führend, wobei namentlich die deutschen Colonien im Togoland, am Kamerunfluß und Kamerungebirge, Überland und ihr Handelsverehr mit den Schwarzen, sowie die französische Colonie Gabun, die Congoanbindung u. Capland möglichst eingehend geschildert wurden. Der zweite Vortrag am nächsten Montag soll zunächst eine Beschreibung der Randstriche an der Küste, dann eine Schilderung der Strom- und Seengebiet, der Gebirgsländer, der Wüste und Steppe,

ihrer Natur und Bevölkerung bringen. — Dem Vortrage folgte eine kurze Fragebeantwortung, dann machte der Vorsitzende unter einer Reihe von Mittheilungen bekannt, daß der kürzlich durch Neuwahlen und Cooptationen neu zusammengelegte Vorstand sich wie folgt constituirt habe: Dr. Daffé (Vorsitzender), Dr. Werner und H. Meyers (Stellvertreter), Buchhalter Stobbe (Schriftführer), Barnab (Kassenführer), Puff (Controleur), Droß (Hausverwalter), Briege, Deuster, Bahnenbruch, Jannet, Kriffen, Majewski, Nahrenheim und Winkler (Ordner und Stellvertreter). In den Verwaltungsrath sind gewählt die Herren: Bäder, Bendmann, Brühns, G. Davidsohn, Hauptlehrer Gebauer, Rechtsanwalt Goldmann, Grönte, Hannemann, A. Klein, Lühbard, K. Meyer, B. Ollenborff, Oertag, Dr. Scherler, R. Simson, Märtenz, Siegmund und Sperber. Die Auszahlung der Beträge der zur diesjährigen Tilgung ausgelassenen ca. 800 Mk. Vereinshaushalts-Actien wird am 21. Februar beginnen.

* [Patent.] Herr S. Schönan in Elbing ist auf einen Patent-Stenerapparat ein Patent erteilt worden.

* [Schwurgericht.] Die heute zur Verhandlung anstehende Anklage richtete sich gegen den Halbbauer Jacob Korecki und dessen Ehefrau Franziska, geb. Jelska, beide aus Ofowo, von denen die Frau beschuldigt ist, in der Nacht vom 31. August zum 1. Septbr. v. J. ihr Wohnhaus nebst Scheune und Stall, welche nach ihrer Lage und Beschaffenheit geeignet waren, andere Gebäude, welche zur Wohnung von Menschen dienen, in Brand zu setzen, vorzüglich in Brand gesteckt zu haben, während der Mann beschuldigt ist, seine Frau zur Begehung dieser That angehetzt zu haben. Die Frau ist bisher unbefragt, der Mann dagegen ist bereits mit 1 Jahr Zuchthaus wegen Meineides und mit 1 Monat Gefängnis wegen Diebstahls vorbestraft. Die Korecki'schen Geleuten waren bereits vorher zwei Mal abgebrandt, das zweite Mal waren beide im Jahre 1875 wegen Brandstiftung angeklagt, wurden jedoch freigesprochen. Bei den früheren Bränden sowohl wie bei dem letzten ist der Mann nie zu Hause gewesen. Die Angeklagten besaßen in Ofowo ein Grundstück, bestehend aus Wohnhaus, Scheune, Stall und 45 Morgen Land. Dieses Grundstück war während der Zuchthausstrafe des Korecki an einen Bauer Schwarz verpachtet gewesen und erst im April v. J. übernahm Korecki wieder selbst die Bewirthschaftung. Das Wohnhaus wurde außer von den Korecki'schen Geleuten noch von dem Klostler'schen Ehepaar bewohnt. Die Korecki'schen Geleuten besaßen, als der Mann aus dem Zuchthaus kam, weder Wirtschaftsinventar, noch Pferde oder Vieh, ebenso außer Betten, einem Tisch und 2 Stühlen keine Möbel. K. war deshalb gezwungen, seinen Acker vom Nachbarn bestellen zu lassen. Versichert waren die Gebäude mit zusammen 1200 Mk. Am 30. August v. J. war K. nach Gersk zum Jahrmarkt gegangen und seine Frau allein zu Hause geblieben. Sie will eine Zeit lang bei den Klostler'schen Geleuten gewesen sein und sich dann Abends niedergelegt haben. In der Nacht ist sie durch Schreien des Klostler aufgewacht, sie sei aufgesprungen, hinausgelaufen und habe dann Scheune, Stall und auch das Wohnhaus in vollen Flammen stehend gesehen. Scheune und Stall sei dann vollständig niedergebrannt, von dem Wohnhaus wurde nur das Dach zerstört. Sämmtliche Gebäude waren mit Stroh gedeckt. Es liegen nun Verdachtsmomente vor, daß die Frau K. diesen Brand angelegt und der Mann sie dazu bestimmt hat. Die Angeklagte dagegen giebt zwar zu, daß der Brand angelegt ist, doch verdrängt sie ihren Einnomher Klostler sowohl wie ihren bisherigen Pächter Schwarz, entweder böswillig oder fahrlässig den Brand verurteilt zu haben. Auch behauptet die Frau, daß sie belästigten Zeugen ihr feindselig gesinnt seien und nur aus Rache gegen sie ausgelegt hätten. Sowohl die Frau Korecki wie ihr Ehemann behaupten ihre Unschuld, der letztere sagt, als er aus Gersk zurückkehrte, seien seine Gebäude abgebrannt gewesen; er wisse nichts über die Entzündungsart des Feuers. Zur Feststellung des Thatbestandes sind 29 Zeugen zum heutigen Termin vorgeladen, mit welchen theilweise, wie auch mit den Angeklagten, durch den politischen Dolmetscher verhandelt werden muß, da sie nicht deutsch verstehen. (Die Verhandlung dauert bei Schluß des Blattes noch fort.)

* [Ernte-Ermittelung.] Die allgemeine Ermittlung des Ernteertrages für 1885 im deutschen Reich, die den Zweck hat, durch directe Umfrage möglichst zuverlässige Angaben über die wirklich geerntete Menge an Bodenproducten zu gewinnen, findet in der zweiten Hälfte des Monats Februar 1886 statt. Mit der Vorbereitung und rechnischen Leitung der hierzu erforderlichen Arbeiten, sowie mit der Zusammenstellung und Uebersetzung der Ergebnisse der Ermittlung ist das kgl. statistische Bureau zu Berlin beauftragt. Die Erhebung erfolgt nach Gemeinden bzw. selbstständigen Gutsbezirken, so daß der Ernteertrag für jede Gemeinde und jeden Gutsbezirk besonders nachgemittelt wird. Mit diesen Ermittlungen ist in Preußen auch eine Erhebung über den Umfang der Hagelwetter verbunden. Die erforderlichen Erhebungs-Formulare sind den Gemeinden von dem statistischen Bureau bereits übersandt worden.

* [Polizeibericht vom 19. Januar.] Verhaftet: 1 Arbeiter, 2 Dirnen, 1 Seefahrer wegen Diebstahls, 1 Arbeiter wegen Widerstandes, 1 Arbeiter wegen Sachbeschädigung, 20 Obdachlose, 1 Bettler, 3 Betrunkene, 3 Dirnen. — Gestohlen: 1 Handel, 1 Schußel, 9 Tauben, 3 Atlasstragen. — Gefunden: auf der Weidengasse ein Kinder-Gummihut, Abgehoben von der Ober-Büchsenmacherin Louise Grief, Gartengasse 1.

* Ziegenhof, 18. Januar. Gestern Morgen nahm sich die Wirthin des Herrn Guttschick C. in Tiege durch Erhängen das Leben. Die That hat nur in Folge von Geistesstörung geschehen können. — Auch in unserer Stadt ist eine Petition an den Reichstag um Ablehnung des Brantwein-Monopols in Vorbereitung, die hoffentlich recht viele Unterschriften finden wird. Die Annahme des Monopols würde auch unsere Stadt schwer schädigen. (Verb.-Z.)

* Aus dem Kreise Rulm, 16. Januar. Auf dem Rittergut Bontowo erstickte gestern Nacht der Gutsinhaber Bobrowski an Kohlendunst. Der in demselben Zimmer schlafende Malchin konnte sich noch auf den Flur schleppen und wurde so gerettet.

* Graudenz, 18. Jan. Nach der Volkszählung vom 1. December hat die Stadt Graudenz 17 334 Einwohner. Davon sind 10 935 Evangelische, 5 196 Katholiken, 273 sonstige Christen (Christ-Katholische, Baptisten etc.) und 930 Israeliten. (G.)

* Thorn, 18. Januar. Die städtische Verwaltung beabsichtigt, in der Benennung der Straßen und in der Nummerirung der Grundstücke eine durchgreifende Reform zu treffen. Es giebt nämlich hier mehrere gerade, durchlaufende Straßen, welche die Einmündung einer Querstraße ihren Namen jedesmal wechseln, z. B. Segler-, Hühner- und Butterstraße oder Weiße-, Bader- und Schülerstraße etc. Das erschwert aber, besonders den Fremden, ungemein die Orientirung in der Stadt, und zwar umfomehr, als die Nummerirung der Häuser im Laufe der Zeit durch Theilung oder Zusammenlegung von Grundstücken, durch Verschlingung und Zerfall von Gebäuden etc. eine lästige Sache geworden ist, so daß die Nummern der Häuser oft regellos aus einem Viertel der Stadt ins andere überspringen. Zur Vereinfachung beabsichtigt der Magistrat nun, die in einem Zuge liegenden Straßentrassen unter möglicher Wahrung historischer Erinnerungen und Namen mit einem einzigen Straßennamen zu bezeichnen. Auch soll die Nummerirung der Häuser in den einzelnen Straßen neu geregelt werden. Diese Angelegenheit wird jetzt von einer Commission, zu der u. a. die Herren Stadtverordneten Hensel, Dietrich, Alex. Jacobi und Gebis gehören, verberathen. — Ende dieses Monats beginnen wieder, ebenso wie in den Vorjahren, die öffentlichen Vorlesungen des Copernicus-Vereins. Der Ertrag aus den Eintrittsgeldern derselben wird zur Verstärkung des Stipendienfonds verwendet. Die Jinsen desselben werden alljährlich am Geburtsstage des großen Astronomen, am 19. Februar, demjenigen Studenten der philosophischen Facultät zugewandt, der die beste Arbeit einreicht.

* Königsberg, 18. Jan. Der Bau einer Chaussee von Osterode nach Köbau in Westpreußen gehört zu den gemeinsamen Verpflichtungen der Provinzialverbände Ost- und Westpreußens. Nach dem Theilungs-Recess lag die Ausführung solcher Chausseebauten denjenigen Provinzialverbänden ob, in dessen Bezirk die Bauten auszuführen waren. Hiernach wäre die in Westpreußen be-

Statt besonderer Meldung.
Durch die Geburt eines Töchterchens wurden hoch erfreut
Danzig, den 19. Januar 1886
Richard Kallmowski u. Frau Selma,
geb. Rosenhagen. (6079)

Seute Nacht 12 1/2 Uhr entfiel nach
langem Leiden mein vielgeliebter
Gatte, Sohn, Schwiegersohn, unter
Brüder und Schwager, der Hotelier
Friedrich Schlaebitz
im 53. Lebensjahre. (6086)

Dieses zeigen tiefbetrübt an
Schlochau, den 18. Januar 1886
Die trauernden Hinterbliebenen.

Seute früh 5 Uhr entfiel nach
meiner lieben Gatte und unser
guter Vater, der Königl. Förster
Schindowsky. (6121)

Pröbbernau, 18. Januar 1886.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Auction.

Mittwoch, den 20. Januar 1886,
Vormittags 10 Uhr, im Auftrage und
für Rechnung wen es angeht, Auction
im **Schädel-Speicher**, über:
Circa 24 Tonnen Weizen
(transito),
Circa 10 Tonnen Buchweizen
(transito)
von Gewasser beschädigt, ex SD
Endine, Capt. de Jonge. (6032)

Collas.

Ich habe mich hier nieder-
gelassen.
Tiegenhof, den 19. Januar 1886.

Bormann,

Thierarzt 1. Kl. (6111)

Kölner Dombau-Lotterie 3,50 M.,
Marienburger Geld-Lotterie 3,00 M.,
Kinderheilstätten-Lotterie 1,00 M.
Zu haben in der
Expedition der Danziger Zeitung.
Loose der **Zoppoter Kinder-
heilstätten-Lotterie** a. M. 1.
Loose der **Kölner Dombau-
Lotterie** a. M. 3,50.
Loose der **Marienburger Geld-
Lotterie** a. M. 3. (6092)
Loose der **Ulmer Münsterbau-
Lotterie** a. M. 3,50 bei
Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Violinunterricht.

Gediegenen Violinunterricht erteilt
an Anfänger wie auch an geübtere
Spieler bis zur Virtuosität, wie auch
im Zusammenspiel der Sonate (Vio-
line und Piano) Trio u. s. w.

Friedrich Laade,

5091) Hundegasse 119.

Feinsten Atrach. Perl-Caviar,
Vorzügl. Amerik. u. Elb-Caviar,
Feinste Gothaer u. Pommersche
Cervelat-Wurst,
Leber-Trüffel-Wurst,
Norwegische Anchovis, Appetit-
Sild und Neunaugen,
Franz. Sardinen in Del, feinste
Marken,
Bumpernickel stets frisch
empfehlen (6128)

Carl Köhn,

Vorst. Graben 45, Ede Melzergasse.

Fett-Büchlinge

empfehlen
Westpreuss. Fischräucherei
3 Kohlengasse 3.

Thee's

in allen gangbaren Sorten erhielt neue
Zufuhr und empfehle dieselben in
bekannter Güte zu billigen Preisen.

Vanille

aromatisch-kraftige prima Bourbon, in
großer Auswahl nur sehr billig

Vanille-Pulver

und

Vanille-Essenz

aus echter Vanille bereitet, vereinigt
Sparbarkeit und Bequemlichkeit.

Hermann Lietzau,

Medicinal-Drogen-Handlung,
Holzmarkt 1. (5599)

Nuss-Liqueur,

hochfeine Qualität, à Flasche
1 M. empfiehlt (5013)

J. G. von Steen,

Holzmarkt Nr. 28.

Robert Werwein Wwe.,

Breitgasse 131,
verleiht zu Festlichkeiten: Glas,
Porzellan, decorirte Tafelservice,
Alfenidegegenstände, Tische, Gebete,
Kronleuchter, Lampen u. zu sehr
billigen Preisen. (5112)

Maschinenfabrik,

Eisen- u. Metall-

Gießerei.

Lager von Sähen, Ventilen,
Kessel-Armaturen. (5270)

J. Zimmermann,

Danzig, Steindamm Nr. 7.

Feinstes absolut reines

Knochenöl

empfehlen die (5637)

Chemische Fabrik.

Comtoir: Hundegasse 111.

Kinderheilstätten- Lotterie.

Mit Genehmigung der Königl. Regierung haben wir
die Ziehung der Kinderheilstätten-Lotterie für das Hospiz
Zoppot noch hinausgeschoben und den Ziehungstermin auf
den 7. Juli d. J. unwiderruflich festgesetzt.

Das Comité

des Vereins für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten.
Bezirksverein Danzig. (6127)

Danziger Allgemeiner Gewerbeverein. Stiftungsfest

Sonnabend, den 23. Januar cr., Abends 8 Uhr

im großen Saale des Gewerbehause, Heil. Geistg. 82.
1. Bericht des Vorsitzenden über das vergangene Vereinsjahr.
2. Festvortrag des Herrn Dr. Scherler.
3. Gemeinsames Abendessen (ohne Weinzwang).
Die Mitglieder werden zu reger Theilnahme eingeladen. Einführung
von Gästen erwünscht. (6115)
Die Listen zur Einzeichnung für die Theilnehmer liegen sowohl bei
Herrn Schindl, Wollwebergasse Nr. 13, sowie im Vereinshause bei Herrn
Feierabend aus.

Der Vorstand.

General-Versammlung

des Darlehns-Vereins zu Mewe, Eingetragene Genossenschaft,
findet am **Mittwoch, den 27. Januar 1886,**
Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Blazet
in Pechsten statt.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht per 1885.
2. Vertheilung des Gewinnes.
3. Wahl dreier Mitglieder in den Aufsichtsrath.
4. Wahl einer Rechnungscommission zur Prüfung der Jahresrech-
nungen pro 1885 und Entlastung des Vorstandes.
5. Anträge der Mitglieder.

Der Aufsichtsrath des Mewer Darlehns-Vereins

(Eingetragene Genossenschaft).

Kursikowski,

Vorsitzender.

Geschäfts-Eröffnung.

Am heutigen Tage habe ich ein zweites Geschäft am hohen
Thore Nr. 1, Heilbahn, neben dem Cigarren-Geschäft des Herrn
Schottke, eröffnet. Ich empfehle diesen meinen neuen

Friseur- und Hafr-Salon

einem geehrten Publikum und speciell meinen werthen Kunden mit
dem Versprechen pünktlicher und sauberer Bedienung, wie Sie es in
meinem ersten Geschäft, Hundegasse 41, gewohnt sind.

Die abgegebenen Waaren haben in beiden Geschäften Gültigkeit.

Emil Klötzky,

Friseur. (6126)

Buch für Alle,
Deutsche Illustr. Zeitung,
Bazar
zu beziehen
durch
L. G. Homann's
Buchhdlg.,
Langenmarkt Nr. 10.

Journalzirkel in L. G. Homann's Buch-
handlung, Langenmarkt 10. (4875)

Richard Meyer'sche Concur's-Sache

Gesellschafts-Vermögen.

Es soll eine Abschlagsvertheilung von 15 % stattfinden und sind
dazu M. 40.100 disponibel. Die Summe der dabei zu berücksichtigen-
den Forderungen beträgt M. 267.262,52 und liegt das Verzeichniß der-
selben in der Gerichtsschreiberei VIII. des Königl. Amtsgerichts XI.
hier selbst zur Einsicht der Beteiligten aus.

Danzig, den 18. Januar 1886. (6095)

Der Concur's-Verwalter

Rudolph Hasse.

Hanf-Auction.

Im Auftrage der Herren Leopold Frohmann werde ich
Montag, den 25. Januar 1886,

Vormittags 10 Uhr,

eine durch Brandschaden beschädigte, große Partie von
ca. 8000 Ctr. Hanf und Heede

lagernd hier auf der Wiese, genannt „Neue Weide“, für Rechnung,
wen es angeht, meistbietend, in einzelnen Partien, verkaufen.

Königsberg, in Pr., den 15. Januar 1886.

August Sohnke.

Ball- und Gesellschafts- Handschuhe

in Seide, Glacee- und dänischem Leder, sowie stets Neuheiten
in eleganten Cravatten empfiehlt in bester Auswahl und zu soliden Preisen

R. Klein, Handschuhfabrikant,

Gr. Krämergasse 9. (5822)

Herrschastliche Wohnung

zu vermieten.

In Kl. Hammer bei Bahnhof Langfuhr ist
von sogleich in unserm

herrschastlichen Wohnhause

eine Wohnung von 8-9 Wohnräumen mit Zubehör zu vermieten.
Zu besichtigen bei Meldung in unserm Comtoir zu Kl. Hammer.

Näheres bei uns zu erfahren. (4862)

Danziger Actien-Bierbrauerei,

Comtoir: Heilige Geistgasse 126.

Rübensamen.

Ca. 100 Ctr. Klein-Wanzlebener
Rübensamen, aus Original-Saat
gezogen, offerirt billigst (5985)

P. Pape, Danzig.

Erdußfuchsen,

billigstes Kraftfutter 50 % Protein und
Fett, in Wagonladungen M. 6,30 per
50 Kilo. (6081) Joh. Döllner.

4 tragende holl. Stärken

und 6 elegante 4- und 5-jährige
Wagenpferde (6083)

zu verkaufen in
Amalienhof bei Dirichau.

Das Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren- Magazin

von

S. EIFERT,

24, Langgasse 24,

empfehlen sein reichhaltig assortirtes Lager in allen Styl- und Holzarten, als nußbaum,
nußbaum blank und matt, schwarz matt, mahagoni, eichen, birken u. vom einfachsten bis
elegantesten Genre zu billigen Preisen.

Bei completen Ausstattungen gewähre besondere Vortheile. (4845)

Eine Villa

in Zoppot (bei Danzig)

mit Garten, in schöner und
gesundester Lage, ist preiswerth
zu verkaufen.

Adressen von Selbstkäufern
werden unter Nr. 4322 in der
Expd. dieser Zeitung erbeten.

Ein gutes Hotel wird zu pachten
gesucht.
Offerten unter Nr. 6120 in der
Expedition dieser Zeitung erbeten.

Zwei tüchtige

Buchbindergehilfen

suchen per 1. Februar Stellung bei
Julius Kauffmann, Granden.

Ein junger Commis

mit der Galanterie-, Kurz-,
Glas- und Porzellan-
Waaren-Brande vertraut
und der polnischen Sprache
mächtig, findet sogleich
dauernde Stellung bei
Heinrich Rosenow,
6097) Strasburg Westpr.

Ein Schriftfeger,

der an correctes Arbeiten gewöhnt ist,
kann sofort in
F. Harichs Buchdruckerei
zu Arbeit eintreten. (6088)

Einige tüchtige im Garniren

Putzarbeiterinnen

suchen zum baldigen Antritt bei
hohem Salair. (6117)

S. Abramowsky Nachf.,
Max Schönfeld.

Für unser Comtoir suchen per
sogleich oder 1. April cr. einen

Sehrling

mit guter Schulbildung gegen monat-
liche Remuneration.

Poll & Co.

Ein tüchtiger gebildeter junger
Kaufmann kann in einem umfang-
reichen Colonial-, Droguen- und
Eisen-Geschäft in einer kleinen Stadt
Westpreußens als Geschäftsführer
angenehme und dauernde Stellung
finden. Kenntniß der Branche und
allerbeste Referenzen sind erforderlich.
Der Eintritt kann gleich oder bis
1. April erfolgen.

Gef. Offerten unter Nr. 6051 in
der Expd. d. Btg. erbeten.

Ein Kaufmann, Königsberger,
29 Jahre alt und unverheirathet, mit
10jähriger Erfahrung im In- und
Auslande, sucht Stellung als

Buchhalter

und (oder)

Correspondent.

(Deutsch, Englisch und Französisch.)
Ja. Referenzen. Gef. Offerten unter
5803 in d. Expd. d. Btg. erbeten.

Ein junger Beamter wünscht bei
einer anständigen Familie ein
möblirtes Zimmer mit oder ohne
Beförderung event. mit Klavierbe-
nutzung. Off. mit Preisangabe u. 6091
in der Expd. dieser Zeitung erbeten.

Ein bis 2 Pensionäre sind, g. Pension
m. gewissenl. Beaufsicht. d. Schul-
arb. von e. Lehrerin. Pfefferstadt 37 II.

Schlesengasse 13

eine neu decorirte Wohnung,
bestehend aus 5 Zimmern und
Zubehör sofort oder pr. 1. April
zu vermieten. (5843)

Müngengasse 7 ist die **Parterre-
Etage**, bestehend aus vier
Zimmern u. sammtl. Zubehör - Preis
850 M. - und die **2. Etage**, be-
stehend aus fünf Zimmern und
sammtlichem Zubehör - Preis 1050 M.
- zum 1. April d. J. zu vermieten.
Auf Wunsch Preisverfall. (6027)

H. Prochnow.

Ein Laden

Maschinenstraße 1. a. April zu vermiet.
In Neufahrwasser in der Nähe der
Kaserne ist zum 1. April eine
herrschastliche Wohnung zu vermieten.
Näheres Olivastraße 38.

Milchkannengasse 31 sind herr-
schastliche Wohnungen von fünf
Zimmern, Badeeinrichtung und
sonstigem Nebengelaß zu verm.
Näheres im Laden bei Herrn
Großmann oder E. Anfer,
Vorstädt. Graben 25. (6034)

Arbeitsmarkt 1 an der Promenade

ist die 1. Etage, bestehend aus 4
Zimmern und Zubehör zum April z.
verm. Befestigung Montag, Mittwoch
und Freitag 2-4 Uhr. Näheres
Büchmarkt 15. (6124)

Eine Comtoirgelegenheit

ist sofort oder später zu vermieten
Unterfischmiedegasse 16/17 part.

Langgasse 37

ist die Saal-Etage, bestehend
aus 6 Zimmern nebst allem
Zubehör per April zu ver-
mieten.

Zu besetzen von 11 bis 1 Uhr
Vormittags. (6048)

herrschaftliche Wohnung

Denmarkt, Bel-Giège gelegen, ist zu
vermieten u. sofort zu beziehen.
Näheres Vorstadt-Graben 47. I.

Herrschastliche Wohnungen,

Breiterstraße 41/42 und An der
Gr. Mühle 13 a zu vermieten.
Nab. Halbegasse 2. (6096)

G. F. A. Steiff.

Nautischer Verein.

Freitag, den 22. Januar 1886,
Abends 7 Uhr.

Versammlung

im Hause Langenmarkt 45.
Tagesordnung:
1. Bericht über eingegangene Schreiben
und Drucksachen,
2. Vorberathung für den am 22. bis
24. Februar in Berlin stattfindenden
Nautischen Vereinsstag. (6118)

Der Vorstand.
Domke. Ehlers.

Dml-Clb.

Mittwoch, den 20. Jan. 1886,
Abends 8 Uhr in'n Wiener
Café, Langenmarkt, 2 Treppen.

Kaufmännischer

Verein v. 1870.

Mittwoch, den 20. Januar,
Abends 8 1/2 Uhr präcise,
im Kaiserhof,
nur vor Herren:

Experimental- Vortrag

des Herrn H. A. Nühl aus Sena über
„Berührungs- u. Inductions-
Electricität mit Einfluß des
electrischen Lichtes“.

Eintritt für Mitglieder gegen Vor-
zeigung der Mitgliedskarte, einzu-
führende Gäste zahlen 50 P. (5910)

Der Vorstand.

Wein-Niederlage

von
C. B. Ehlers

Königsberg in pr.

Danzig,

Hundegasse 110, 1. Etage.

Weinstuben

mit feiner Küche.

Delicatessen der Saison.

Flaschen-Verkauf. (4856)

Hunde-Halle

Heute Abend: (6119)

Löffelersben m. Speck.

Königsberger
Binderfleck.

Heute Abend Hundegasse 7.
(6082) C. Stadtwski.

Café Nötzel.

Jeden Mittwoch und Freitag
CONCERT
von dem Septett des 3. ostpr. Grenad.-
Regiments Nr. 4, unter gütiger Mit-
wirkung des Herrn Voggenberg von
der Hochschule aus Berlin. (6108)

Hôtel d'Oliva,

verbunden mit seinem Restau-
rant, erlaubt sich hiermit Herr-
schaften zu einer

Spatenbräu- Bierprobe

einuladen. (5867)

2/10 10 J., 3/10 15 J., 4/10 20 J.
Hochachtungsvoll

A. Schroeder.

Mietzke's

Concert-Salon,

Breitgasse Nr. 39.

Grand Restaurant

ersten Ranges.

Täglich große musikalische

Gesangs-Soirée.

Erstes Auftreten der Chansonnette
Fräul. Olga Rosé.

Anfang 7 Uhr. (6112)

R. Mietzke.

Caféhaus zur halben Allee.

Jeden Dienstag und Donnerstag:

Groß. Kaffee-Concert,

Anfang 3 1/2 Uhr. Entree frei.
(6129) **J. Kochanski.**

NB. Täglich frische Waffeln.

Friedrich Wilhelm- Schützenhaus.

Donnerstag, den 21. Januar 1886:

14. Sinfonie-Concert

von der Kapelle des 4. Ostpr. Gren.-
Regts. Nr. 5.

(Rienzi = Ouverture von Wagner,
Chaconne v. Durand, Aufforderung
zum Tanz v. Weber, Eroica-Sinfonie
von Beethoven.)

Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 30 P., Logen
50 P., Kaiserloge 60 P.

C. Theil.

Danziger Stadttheater.

Mittwoch, den 20. Januar. 75. Abz.,
11. Vors.-Vorst. P.-P. B. Zum
letzten Male in dieser Saison.

Theodora. Drama in 5 Acten von
Victorien Sardou, deutsch von
S. Köhner.

Donnerstag, den 21. Januar. P.-P. C.
Benefiz für den Regisseur **Nadolf
Netty.** Der Stiefvater. Lustspiel
in 4 Acten von R. Benedir.

Serauf: **Alte Verste.** Komische
Operette in 1 Aufzug v. J. Braun.
Musik von Suppé.

Beilage zu Nr. 15651 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 19. Januar 1886.

Reichstag.

(Schluß.)

Abg. Baumbach (freis.): Der Abg. Gamp war in seinen heutigen Ausführungen weit weniger kritisch als bei Gelegenheit der Generaldebatte; sein Vorgehen erinnert mich an die Fabel des freilebenden Berges. Da-
ma sprach er davon, daß man vor allen Dingen in eine klare Stellung darüber kommen müsse, wie der Etat zu gestalten sein möge. Er hat nicht gehalten, was er versprochen. In der Commission hat er kaum den Anlauf genommen, den Postetat in besserer Weise umzugestalten. Wir sind zu dem Resultat gekommen, daß wir im Ordinarium auch nicht einen einzigen Abstrich machen können, und wenn inzwischen der Hr. Staatssecretär die Allerhöchste Anerkennung erfahren hat, so wird dieselbe sicherlich auch in der Volksvertretung einen freundlichen Widerhall finden. Im Publikum wird man, glaube ich, mit Freuden vernehmen, daß die Reichspost und Telegraphie keineswegs ein finanzielles, sondern vor allen Dingen ein den Verkehrsinteressen, den „vitalsten Lebensinteressen der Nation“ (Heiterkeit) dienendes sein soll. Von der Erhöhung des Drucksachenportos bin ich ein entschiedener Gegner. In der vorigen Session legte ich dem Hause einen Antrag vor, zwischen den beiden Drucksachen-Portosätzen von 3 und von 10 Pfennigen eine Zwischenstufe von 5 Pf. einzuführen; darin würde ich ein Mittel für die von Hrn. Gamp gerügten Mängel erblicken können, aber nicht in der gänzlichen Abschaffung des 3-Pfennigportos. Hinsichtlich des Zeitungsportos bin ich auch vollständig entgegengelegter Ansicht, daß nämlich bei einer Steigerung desselben keine Erhöhung der Einnahme, sondern das Gegentheil eintreten würde. In der Commission ist auch von keiner Seite einer Erhöhung des Zeitungstarifs schlichthin das Wort geredet worden. Wir erkennen im Zeitungswesen ein höchwichtiges Mittel, um die Aufklärung in die breite Masse des Volkes zu tragen. Sie haben ihm das allgemeine Wahlrecht gegeben, und daher liegt es Ihnen auch ob, für das politische Verständnis zu sorgen. (Sehr gut! links.) Ich wundere mich eigentlich, daß die Erhöhung des Zeitungstarifs von conservativer Seite entgegengebracht wird, denn gerade in diesen Kreisen wird auf die Presse großes Gewicht gelegt, und auch in Regierungskreisen legt man der Presse außerordentlich hohe Bedeutung bei. Wie unendlich weit sind die Kanäle der officiellen Presse verzweigt. Wir theilen die Anerkennung für die Reichspostverwaltung, aber wir sind der Meinung, daß die Verwaltung noch mehr für ihre Beamten durch Besserung der Pensionsverhältnisse thun könnte. Meintens wir doch, daß die verbündeten Regierungen den Reichsbeamten als schönstes Weihnachtsgeschenk das Beamtenpensionsgesetz, welches hier fast einstimmig angenommen worden war, geben würden. (Sehr wahr! links.) Wir haben jetzt nach längerer Pause den Vorzug, die Herren vom Bundesrathe wieder hier zu sehen (Heiterkeit), vielleicht wird uns Auskunft zu Theil, wie es mit dem Reichsbeamtengesetz steht. Wenn die Postbeamten draußen im Lande uns fragen, so können wir ihnen nur sagen, wir haben unsere Schuldigkeit gethan, der Reichstag auch das Seine, die verbündeten Regierungen mögen nun das Ihrige thun. (Sehr wahr! links.) Die verbündeten Regierungen bringen sich selbst in eine schiefe Stellung, wenn sie ein solches Votum nicht beachten. (Beifall links.)

Abg. v. Köller (cons.): Auch wir wünschen nicht,

daß die Post als eine Hauptfinanzquelle angesehen werde, auch wir stellen das öffentliche Verkehrsinteresse weit höher. Auch wir wünschen, daß das Volk gründlich aufgeklärt wird (Heiterkeit), wir sind nur in der schlimmen Lage, vor lägenhaften Preberzeugnissen das Volk nicht schützen zu können. (Heiterkeit links.) Damit würden wir einverstanden sein, wenn es sich machen ließe — ich bin überzeugt, daß es nicht möglich ist —, daß nur solche Blätter durch die Post befördert werden, welche die Wahrheit schreiben. (Heiterkeit. Sehr gut! links.) Die Deutschfreisinnigen können den Eindruck nicht verwischen, welcher vor wenig Wochen dadurch hervorgerufen wurde, daß sie mit dem Antrage wegen der Beamtenpensionen nicht gekommen sind. Hr. Baumbach sucht den Vorwurf, damals nicht früh genug aufgestanden zu sein, dadurch zurückzuweisen, daß er sagt, sie seien jetzt beim Branntwein-Monopol zeitig auf dem Platze gewesen. Da wünschte ich sehr wohl, sie hätten noch weiter geschlafen. (Sehr richtig! links. Große Heiterkeit.) Die freisinnige Presse hat schon soviel Unfug damit getrieben, noch ehe die Vorlage gedruckt erschienen ist, daß man erstaunt sein muß. An der Verzögerung des Zustandekommens des Beamtenpensionsgesetzes ist die conservative Partei außer Schuld. Das Gesetz liegt zur Zeit im Bundesrathe, und ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß sowohl das Reichsbeamtengesetz, als auch das andere im Bundesrathe angenommen werden wird. (Beifall rechts, Widerspruch links.)

Präsident: Herr v. Köller hat den Ausdruck „lägenhafte Preberzeugnisse“ gebraucht. Ich sehe voraus, daß er diesen Ausdruck nicht auf ein Mitglied dieses Hauses hat anwenden wollen, sonst würde ich genöthigt gewesen sein, ihn zur Ordnung zu rufen.

Abg. v. Köller: Ich habe dies selbstredend nicht beabsichtigt, sondern ganz allgemein gesprochen.

Abg. Windthorst: In dem Drucksachenporto dürfen wir in keinem Falle zu einer Erhöhung schreiten, auch kann von postalischen Maßregeln, um schlechte Preberzeugnisse nicht in die Welt gehen zu lassen, keine Rede sein. Hier muß die Presse selbst die Initiative ergreifen und auf intellectuellem Wege zu wirken suchen. Aus den Vorwürfen gegen die Postverwaltung könnte man übrigens schließen, dieselbe sei mangelhaft. Dies kann ich meinerseits nicht zugeben. (Beifall.) Ich wünsche nur, daß die finanzielle Lage des Landes derartig wäre, daß wir nicht auf die Einnahmen aus der Post- und Telegraphenverwaltung zu sehen genöthigt wären. Die beschleunigte Ausbreitung von Post- und Telegraphenanstalten wäre sehr erwünscht, ebenso die Gehaltsaufbesserung der Beamten. Die geschenehen Abstriche haben wir nur mit Bedauern gemacht, aber es ist sehr nothwendig, daß wir bis aufs Aeuferste sparen. Wer die Initiative bei dem Pensionsgesetz gehabt hat, darauf kommt es nicht an, sondern nur darauf, ob das Gesetz, das wir beschlossen haben, zweckmäßig und nothwendig gewesen ist. Die Reichsbeamten, besonders die der Post, haben schwer zu leiden. Ich wünsche dringend die möglichst baldige Publication des Gesetzes. Wenn Sie glauben, das „andere“ Gesetz mit durchdrücken zu können, dann irren Sie sich, (Zustimmung links und im Centrum), und das andere können Sie sehr leicht haben, wenn Sie billigen Wünschen entgegenkommen. In militärischen Kreisen besteht ein dringendes Verlangen nach dem Militärpensionsgesetz, und die Herren von der Armee haben Recht. (Zustimmung links und im Centrum.)

Abg. Dirichlet (freis.): Der Abg. Gamp hat durch

sein Vorbringen wohl nur den etwas ins Verblissen gerathenen Stern der Verstaatlichung der Eisenbahnen zu neuem Glanz erheben wollen. (Sehr gut! links.) Er und seine politischen Freunde beginnen jetzt gewahr zu werden, daß Alles das eintrifft, was wir ihnen, als die Eisenbahnen verstaatlicht wurden, vorhergesagt. Wenn große königliche Eisenbahnverwaltungen aus kleinlichen finanziellen Rücksichten durchgehende Züge, die dem Postverkehr dienen, eingehen lassen und dadurch eine erhebliche Verzögerung der Briefbeförderung eintritt, so ist das ein Uebelstand, der unter dem früheren gemischten System nicht hätte eintreten können. Ich ersuche im directen Gegensatz zu Hrn. Gamp den Staatssecretär, die postalischen Interessen mit ihrem vollen Gewicht den Eisenbahnen gegenüber zur Geltung zu bringen. Jetzt erst hat wieder die Staatsbahnverwaltung, zum großen Schaden des Postverkehrs, den einzigen durchgehenden Zug zwischen Rußland und der Provinz Schlesien unterbrochen. Ich richte ferner noch die Bitte an die Reichspostverwaltung, sowohl bei Errichtung neuer Verkehrsanstalten, als auch bei Verlegung bestehender Anstalten die kommunalen Vertretungen der betreffenden Landestheile und nicht allein die Postbeamten zu Rathe zu ziehen.

Abg. Meyer-Jena (nat.-lib.): In Betreff des Beamtenpensionsgesetzes bitte ich den Bundesrath dringend, doch endlich seine Entscheidung gemäß dem einstimmigen Votum des Hauses zu treffen. Eine Erhöhung des Portos für Drucksachen halte ich für unthunlich, bin im Gegentheil für eine Ermäßigung desselben bei Drucksachen bis zum Gewicht von 100 Gr. auf 5 S., und glaube, daß dadurch Mehreinnahmen entstehen werden, da sich der Verkehr in sehr bedeutendem Umfange steigern wird. Ich kann es Hrn. Stephan nur danken, daß er die Verkehrsinteressen Deutschlands so ausgezeichnet gefördert hat; Deutschland kann auf das, was er für den deutschen und für den internationalen Verkehr geleistet hat, mit Recht stolz sein. (Beifall.)

Abg. Lingens (Centr.) tritt unter Anerkennung der Verdienste der Postverwaltung für die Sonntagsruhe der Postbeamten in. Die Postverwaltung hat sich hier entgegenkommend gezeigt, aber sie könnte mehr thun. Die Reichseisenbahnverwaltung hatte 300 000 M. in den Etat eingestellt, um für die Weichensteller u. s. w. eine genügende Sonntagsruhe zu ermöglichen. Wir schlagen Ihnen die Resolution vor: die Regierungen zu ersuchen, fortzuschreiten mit wirksamen Anordnungen, damit den Post- und Telegraphenbeamten Sonntagsruhe und Sonntagsfeier ermöglicht bleibe.

Abg. Schrader (freis.): Der Abg. Lingens hat in Bezug auf die Sonntagsruhe der Postbeamten seine Wünsche bedeutend ermäßigt. Zu dem, was er heute vorschlägt, bedarf es einer Resolution nicht; das will die Postverwaltung, und das wollen auch wir, daß den Beamten dieser Verwaltung die Sonntagsruhe, soweit es angänglich ist, gesichert werde. Wir haben deshalb kein Bedenken, der Resolution zuzustimmen. Die heutigen Anstellungen des Abg. Gamp hatten mehr einen decorativen Zweck. Die Staatsbahnen liefern längst nicht mehr die glänzenden Resultate. Es ist noch schlimmer geworden, als ich gedacht, weil es nicht möglich ist, daß die Centralleitung der Staatsbahnen sich mit der Leichtigkeit den Wünschen der Industrie in Bezug auf Tarifierleichterungen anbequemt, wie es den Privatbahnen möglich gewesen ist. Auch zeigt sich Minister Mahbach nicht geneigt, den Wünschen aus den indu-

striellen und agrarischen Kreisen ohne Weiteres Rechnung zu tragen. Jetzt soll ihm das Eingehen erleichtert werden auf Kosten des Reichs. Hr. Gamp sagt, die Post erhält erhebliche Leistungen von den Eisenbahnen, für welche diese entschädigt werden müssen. Ich gebe zu, daß die Post in einer glücklichen Lage ist; ich habe früher auch die Erhöhung der Ansprüche der Post bekämpft. Jetzt liegen die Dinge etwas anders. Beim Anlauf der Eisenbahnen durch den preussischen Staat sind bei der Berechnung der Rente der Bahnen die Leistungen an die Post mit in Betracht gezogen. Wir haben daher keine Veranlassung zu drängen, daß die Post von ihren Ueberschüssen an die Eisenbahnen abgebe. Herr Gamp will nicht, daß die Post Drucksachen unter dem Selbstkostenpreise befördere, aber er will, daß die Bahnen Güter zu billig befördern zu Gunsten der Industrie. Von sehr autoritativer Seite ist jetzt ausgesprochen worden, daß die Nothlage der Industrie sich erkläre aus der Ueberproduction, und nicht ohne Verschulden der Industrie entstanden sei, und daß als Mittel zur Beseitigung des Nothstandes sich die Ermäßigung der Production empfehle. Jetzt wünscht die Industrie Hilfe auf dem Wege der Eisenbahntariffpolitik. Von hier aus soll ein Druck auf die preussischen Staatsbahnen ausgeübt werden. Auf diesem Wege können wir Herrn Gamp nicht folgen. Wir sind hier, um die Interessen des Reichs zu vertreten, nicht um den Kohlen- und Eisenindustriellen in bestimmten Gebenden entgegenzukommen. Zum Schluß will auch ich hervorheben, daß wir Ursache haben, mit den Leistungen der Postverwaltung zufrieden zu sein, und wünschen, allen Verwaltungen gegenüber dieselbe Stellung einnehmen zu können.

Abg. Gamp: Hr. Ridert hat in der Budgetcommission selbst anerkannt, daß, wenn die Provisionen, die die Zeitungen für ihre Beförderung zahlen, die Selbstkosten nicht decken, eine Erhöhung nöthig sei. Ich habe ausdrücklich den Vorsitzenden der Commission gebeten, diese Worte ins Protokoll aufzunehmen, um den Abg. Ridert darauf festzunageln.

Abg. Ridert: Wenn Hr. Gamp etwa mich als Autorität für seine verunglückten Angriffe anführen will, so irrt er doch. Hr. Stephan hat ihn ja schon in der Commission ad absurdum geführt, indem er zeigte, daß durch die Zeitungsprovision nicht nur die Selbstkosten der Post gedeckt werden, sondern noch ein bedeutender Ueberschuß sich ergibt. Dies zur Erinnerung, um den Nagel, den Herr Gamp hier auf mich losschlägt, etwas loser zu machen.

Das Gehalt des Staatssecretärs wird bemilligt; über die Resolution Lingens wird in dritter Lesung abgestimmt werden.

Bei Tit. 20 und 21 der Ausgaben (Post- und Telegraphenämter) betont

Abg. Lingens die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Gehälter der mittleren und oberen Postbeamten. Es sei ihm ferner aus Postkreisen mitgetheilt worden, daß manche Beamte nach 15- und 16jähriger Dienstzeit noch nicht einmal das Durchschnittsgehalt erreicht haben.

Abg. Baumbach wünscht, daß die Gehaltszahlungen an die Postbeamten, ebenso wie es in Preußen seit 1831 geschehe, vierteljährlich pränumerando statt monatlich erfolgen sollen. Miete, Abgaben und andere Zahlungen müßten die Postbeamten vierteljährlich leisten.

Staatssecretär v. Stephan erwidert dem Abg. Lingens, die Postverwaltung sei nicht in der Lage,

Mittheilungen und Beschwerden, die von Postbeamten an die Mitglieder des Sanjes gelangten, zu berücksichtigen, da solchen Mittheilungen meist Voreingenommenheit und manchmal sogar falsche Thatfachen zu Grunde liegen.

Zu Titel 32 (Postpraktikanten und nicht festangestellte Post- und Telegraphenassistenten) 3 800 000 *fl.* befirmwortet Abg. Möller (freis.) eine Resolution dahin, den verbündeten Regierungen zu empfehlen, den in der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung diätarisch beschäftigten weiblichen Beamten nach mehrjährigem tadellosen Dienste die feste Anstellung mit Pensionsberechtigung zu gewähren. Die Damen seien ohnehin viel schlechter gestellt, als die männlichen Beamten. Ihr Dienst-einkommen belaufe sich im Ganzen durchschnittlich kaum auf 800 *fl.* jährlich.

Director Fischer: Die Postverwaltung nimmt an, daß die jenen Damen eingeräumte Stellung durchaus ihren Leistungen entspreche. Es sei ihnen sofort bei ihrem Eintritt in den Dienst eröffnet worden, daß sie nur auf Widerruf und ohne Pensionsberechtigung übernommenen würden. Ihre Leistungen sind auch, namentlich wegen der häufigen Unterbrechungen, den Leistungen der männlichen Beamten durchaus nicht gleichzustellen. Die Verwaltung macht von der ihr im Reichsbeamtengesetz beigelegten Befugniß, auch nicht fest angestellten Beamten Pensionen bis zur gesetzlichen Höhe zu gewähren, den Telegraphistinnen gegenüber so gut Gebrauch, wie bei allen übrigen Beamten.

Abg. Möller: Nach den Erfahrungen in anderen Ländern stehen die Leistungen der weiblichen denjenigen der männlichen Beamten völlig gleich; es ist für die Intelligenz und Leistungsfähigkeit unseres weiblichen Geschlechts doch ein sonderbares Zeugniß, wenn ihnen in einem derartigen Dienstzweige ein so schlechtes Urtheil gegeben wird. Von der Gnade einer Behörde hinsichtlich der Pensionirung abhängig zu sein, ist übrigens ein ganz anderes Ding, als sich auf ein Recht stützen zu können.

Director Fischer entgegnet, daß die Erfahrungen in anderen Ländern das gleichfalls aus der Erfahrung gewonnene Urtheil der Reichspostverwaltung nicht zu alteriren geeignet seien.

Abg. Kaiser (SoC.): Wir sind für die Einschränkung der Frauenarbeit. Wenn man aber einmal Frauen angestellt hat, muß man ihnen auch Pension gewähren.

Die Resolution wird erst in der dritten Lesung zur Abstimmung gestellt werden.

Gegen 5 Uhr beantragt Abg. Dirichlet die Vertagung; die Abstimmung darüber ist zweifelhaft und muß durch Zählung entschieden werden, welche die Anwesenheit von nur 177 Mitgliedern ergibt; das Haus ist also nicht beschlußfähig.

Nächste Sitzung Dienstag:

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Pommern, 18. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco
 rubig, holsteinischer loco 150,00—154,00. Roggen loco
 rubig, mecklenburgischer loco 132—140, russischer loco
 rubig, 98—104. — Hafer still. — Gerste matt. — Rüböl
 matt, loco 43½. — Spiritus matt, ^{pro} Januar
 28¼ Br., ^{pro} Januar-Februar 28¼ Br., ^{pro} April-Mai
 28¼ Br., ^{pro} Juni-Juli 29¼ Br. — Kaffee rubig,
 Umsatz 2000 Sack. — Petroleum rubig, Standard
 rothe loco 7,30 Br., 7,25 Sd., ^{pro} Januar 7,20 Sd.,
^{pro} August-Dezember 7,40 Sd. — Wetter: Windig.

Bremen, 18. Januar. (Schlussbericht.) Perroleum
ruhig. Standard white loco 7,10 Br.

Wien. 18. Januar. (Schluß-Course.) Deficit. Papierrente 84,15, 5% österr. Papierrente 101,30, österr. Silberrente 84,30, österr. Goldrente 112,50, 4% ungar. Goldrente 100,92½, 5% Papierrente 92,70, 1854er Loose 128, 1860er Loose 140,50, 1864er Loose 170,50, Creditloose 178,00, ungar. Prämienloose 117,50, Creditactien 237,30, Franzosen 265,00, Lomb. 133,75, Galizier 220,50, Parubiker 161,50, Nordwestbahn 168,50, Elbsthalbahn 158,25, Elisebethbahn 244,00, Kronprinz-Rudolfsbahn 187,25, Nordbahn 260,00, Unionbank 77,75, Anglo-Aust. 110,50, Wiener Bauverein 106,90, ungar. Creditactien 308,25, Deutsche

Plätze 62,00, Londoner Wechsel 126,70, Pariser Wechsel 50,17, Amsterdamer Wechsel 104,90, Papirgeld 10,02 1/2, Dukaten 5,92, Marknoten 62,00, Russische Baunoten 124 1/4, Silbercompens 100, Transvaanactien 199,60, Tabakactien 82,39, Sünderland 106,75, Leunberg-Lexowitz-Jassy-Eisenbahn 226,50.

Amsterd., 18. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, *per* März 200, *per* Mai 202. — Roggen loco höher, auf Termine unverändert, *per* März 127, *per* Mai 127 — Raps *per* Frühjahr 260 Fl. — Mühlk loco 24¼, *per* Mai 24%, *per* Herbst 25.

Antwerpen, 18. Januar. Petroleummarkt. (Schlußbericht) Raffinirtes, Type weiß, loco 18¼ bez., 18½ Br., ^{per} Februar 18¾ Br., ^{per} März 17¾ Br., ^{per} Sept.-Dezember 19 Br. Weichend.

Paris, 18. Januar. Produccenmarkt. (Schlußbericht.)
Weizen rubig, *per* Januar 21,75, *per* Februar 21,75,
per März-April 22,10, *per* März-Juni 22,30. — Roggen
rubig, *per* Januar 14,00, *per* März-Juni 14,75. — Wehl
12 Marcanes beht., *per* Januar 48,00, *per* Februar
47,60, *per* März-April 47,90, *per* März-Juni 48,25. —
Rißel beht., *per* Januar 55,00, *per* Februar 55,25, *per*
März-Juni 57,00, *per* Mai-August 57,75 — Spiritus
rubig, *per* Januar 48,50, *per* Februar 49,00, *per*
März-April 49,25, *per* Mai-August 49,75. — Wetter:
Bedekt.

Paris, 18. Januar. (Schlußcourse.) 3% anwirtschbare Rente 82,37½, 3% Rente 81,22½, 4½% Anleihe 110,22½, italienische 5% Rente 96,70, Oesterreich. Goldrente 90%, ungar. 4% Goldrente 80½, 5% Ruffen de 1877 99,90, Franzosen 531,25, Lombardische Eisenbahnactien 281,25, Lombardische Prioritäten 314,00, Neue Türken 13,97½, Türkenloose 34,50, Credit mobilier 221, Spanien neue 54,03, Banque ottomane 488,00, Credit foncier 1335, Negativer 325,00, Suez-Actien 2196, Banque de Paris 620, neue Banque des Comptes 446, Wechsel auf London 25,20, 5% privileg. türk. Obligations 343,75, Tabakactien —.

Bombay, 18. Januar. An der Küste angeboten
1 Meisenladung. — Wetter: Veränderlich.

London, 18. Jan. Die Getreidezufuhren betrugen in der Woche vom 9. bis zum 15. Januar: Englischer Weizen 3784, fremder 17 609, engl. Gerste 2670, fremde 114, engl. Malzgerste 21 634, fremde —, engl. Hafer 1147, fremder 50 198 Dts. Engl. Wehl 20 344, fremdes 13 171 Sack und 35 Tsf.

London, 18. Jan. Getreidemarkt. (Schräuberzeit.)
Englischer Weizen $\frac{1}{2}$ sh. niedriger, fremder, angekommene
Labungen, Erbsen und Bohnen sehr ruhig, feinste Malz-
gerste fest, ordinärer russischer Hafer $\frac{1}{2}$ sh. niedriger,
übrige Artikel sehr träge, weichend.

London, 18. Januar. Consols 100½, 4% preussische
Consols 103, 5% italienische Rente 95½, Lombarden
11½, 5% Russen de 1871 97, 5% Russen de 1872
96½, 5% Russen de 1873 96½, Convert Türken 13½,
4% fund. Amerikaner 125½, Oesterr. Silberrente 66,
Oesterr. Goldrente 88½, 4% ungar. Goldrente 80,
Rene Spanier 53½, Unit. Aegypter 64½, Neue
Aegypter 97½, Diamantbank 9½, Suezactien 87½,
Canada Pacific 68½, Silber —. — Platinadiscout 2 ½

Glasgow, 19. Jänner. Die Verschiffungen betrugen in der vorigen Woche 4600 gegen 6200 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Liverpool, 18. Januar. Baumwolle. (Schlußbericht.)
 Umsatz 10 000 Ballen, davon für Speculation und
 Export 1000 Ballen. Stetig. Middl. amerikanische Liefere-
 rung: Januar-Februar 4⁶⁸/₆₄ Käuferpreis, Februar-
 März 5 do., März-April 5¹/₂ do., April-Mai 5¹/₂ do.,
 Mai-Juni 5⁷/₆₄ do., Juni-Juli 5¹/₂ do., Juli-August
 5¹/₂ do., August-Septbr. 5¹/₆₄ d. Verkäuferpreis.

Newport, 18. Januar. Wechsel auf London 4,86½%.
 Rother Weizen loco 89½ für Januar —, für
 Februar 0,88½, für März 0,90¼. Wehl loco 3,40 Mais
 0,50. Gerst 2½ d. Buder (Fair refining Muscov-
 ades) 5,55.

Productenmärkte

Königsberg, 18. Januar. (v. Borstian u. Grothe.)
 Weizen *per* 1000 *Rilo* hochbunter 121/3 $\frac{1}{2}$ 141,25,
 122/3 $\frac{1}{2}$ 143,50, 124 $\frac{1}{2}$ 144,75, 145,75, 128 $\frac{1}{2}$ 150,50, 151,75,
 130 $\frac{1}{2}$ 153, blsp. 145,75 *M. bez.*, hunder russ. 117/8 $\frac{1}{2}$
 112,25 *M. bez.*, rother 128 $\frac{1}{2}$ 153 *M. bez.* — Roggen
per 1000 *Rilo* inländ. 114 $\frac{1}{2}$ 108,75, 117 $\frac{1}{2}$ 113,75, 119 $\frac{1}{2}$
 116,25, 120 $\frac{1}{2}$ 117,50, 121 $\frac{1}{2}$ 118,75 *M. bez.*, russ. ab Bahn
 107 $\frac{1}{2}$ 73,75, 108 $\frac{1}{2}$ 75, 110 $\frac{1}{2}$ 77,50 *M. bez.* — Gerste *per*
 1000 *Rilo* große 117, russ. 80, 81,50 *M. bez.*, kleine
 russische 77, 78,50, 80 *M. bez.* — Hafer *per* 1000 *Rilo*
loco 112, 114, 116, 120 *M. bez.* — Erbsen *per* 1000 *Rilo*
 weiße russ. 101, 102,25, 104,50, wad 88,75 *M. bez.*,
 graue 133,25 *M. bez.* — Weizen *per* 1000 *Rilo* 111, 121,50,
 russ. 104,50, 106,50 *M. bez.* — Leinsaat *per* 1000 *Rilo*
 seine russ. 177,25, 191,50 *M. bez.* — Dotter *per* 1000 *Rilo*
 Hanfsaat russ. 142 *M. bez.* — Spiritus *per* 10 000 *Riter L*
 ohne Faß *loco* 37 *M. bez.*, *per* Januar 37 *M. Gd.*, *per*
 Januar-März 38 $\frac{1}{2}$ *M. Br.*, *per* Frühjahr 39 $\frac{1}{2}$ *M. Gd.*,
per Mai-Juni 40 *M. Gd.*, *per* Juni 40 $\frac{1}{2}$ *M. Gd.*, *per*
 Juli 41 *M. Gd.*, *per* August 41 $\frac{1}{2}$ *M. Gd.*, *per* Septbr.
 42 *M. Gd.* — Die Notirungen für russisches Getreide
 gelten transito.

Stettin, 18. Jan. Weizenmark. Weizen unveränd., loco 138,00—153,00 *M.* für April-Mai 154,00, für Mai-Juni 156,00. — Roggen unveränd., loco 119—125, für April-Mai 130,00, für Mai-Juni 130,50. — Rüböl still, für Januar 43,50, für April = Mai 44,00. — Spiritus behpt., loco 36,70, für April-Mai 38,60, für Juni-Juli 40,00, für Juli-August 40,80. Petroleum loco versteuert, Haase 1½ % Taxa 12,00.

Berlin, 18. Januar. Weizen loco 143 - 163 *M.*, *per*
 April-Mai 152 $\frac{1}{2}$ - 151 $\frac{1}{2}$ *M.*, *per* Mai-Juni 154 $\frac{1}{2}$ - 154 *M.*
per Juni-Juli 156 $\frac{1}{2}$ - 156 $\frac{1}{2}$ *M.*, *per* Juli-Aug. - *M.*
 Roggen loco 125 - 134 *M.* mittel inländ. 130 *M.*
 guter inländischer 131 $\frac{1}{2}$ *M.*, Kammer 128 - 129 *M.* ab
 Bahn, *per* April - Mai 132 $\frac{1}{2}$ - 132 *M.*, *per* Mai-Juni
 133 *M.*, *per* Juni-Juli 134 - 133 $\frac{1}{2}$ *M.*, *per* Juli-August
 135 $\frac{1}{2}$ - 135 *M.*, *per* Sept.-Okt. 137 *M.* - Hafer loco

125—162 *M.*, ost- und westpreussischer 125—133 *M.*,
pommerischer und udermarscher 132—136 *M.*, schlesischer
und böhmischer 135—142 *M.*, feiner schlesischer, mährischer
und böhmischer 143 bis 155 *M.*, russischer 126—129 *M.*
ab Bahn, *pro* Jan.-Febr. — *M.*, *pro* April-Mai 130—
129 *g.* *M.*, *pro* Mai-Juni 131 *g.* *M.*, *pro* Juni-
Juli 133 *M.* — Gerste loco 1:0 bis 175 *M.* —
Weiz. loco 114—125 *M.*, neuer Ungar. — *M.*, *pro*

Januar	115	h.	Gd.,	per	April-Mai	109	h.,	per	Mai-
Jun-	—	h.,	per	Sept.-Okt.	111	h.	—	Partoffelmehl	loc-
loc	—	h.,	per	Januar-Februar	15,50	h.,	per	April-	—
Mai	15,50	h.	—	Erödete	Kartoffelfstärke	loc	—	h.,	per
Januar-Februar	15,50	h.,	per	April-Mai	15,50	h.	—	h.,	per
Mai-Juni	—	h.	—	Feuchte	Kartoffelfstärke	loc	—	h.,	per
7,80	h.	—	Erbsen	loc	per	1000	Kilogramm	Futter-	ware
ware	131	bis	140	h.,	Reinware	150	bis	200	h.
—	Weizenmehl	Fr. 00	21,50	bis	20,00	h.,	Fr. 0	—	—

20,00 bis 19,00 *fl.* — Roggenmehl *fr.* 0 19,50 bis
18,50 *fl.* *fr.* 0 u. 1 18,00 bis 17,00 *fl.*, *fr.* Marien
19,60 *fl.*, *fr.* Januar 17,95 *fl.*, *fr.* Januar-Februar
17,95 *fl.*, *fr.* Februar-März 18,00 *fl.*, *fr.* März-April
— *fl.*, *fr.* April-Mai 18,05 *fl.* — Rohöl loco ohne *fl.* Fass
43,2 *fl.*, *fr.* April-Mai 43,3—43,5 *fl.*, *fr.* Mai-Juni
43,6—43,8 *fl.*, *fr.* Septbr.-Oktbr. 45,4 *fl.* — Petroleum
loco — *fl.* — Spiritus loco ohne *fl.* Fass 38,4 *fl.*, *fr.*
Jan. 38,4—38,8 *fl.*, *fr.* Januar-Februar 38,4—38,8 *fl.*,
fr. April-Mai 39,4—39,8 *fl.*, *fr.* Mai-Juni 39,7—
40 *fl.*, *fr.* Juni-Juli 40,6—40,9 *fl.*, *fr.* Juli-August
41,7—41,8 *fl.*, *fr.* August-Sept. 42,3—42,6 *fl.*

Wagdeburg, 18. Januar. Vorderrast. Kornzuder,
 cpl. von 36 $\frac{1}{2}$ 24,80 $\frac{1}{2}$, Kornzuder, cpl. 88 $\frac{1}{2}$ Nembem.
 23,50 $\frac{1}{2}$. Nachproducte, cpl., 75 $\frac{1}{2}$ Nembem. 21,00 $\frac{1}{2}$.
 Stetig. Angebot sehr knapp. — Sam. Raffinade mit
 Fab. 29,25 $\frac{1}{2}$, gem. Melis l., mit Fab 28,25 $\frac{1}{2}$.
 Ruhig.

Wiedmarft.

Berlin, 18. Januar. (Städt. Centralviehhof. Amtlicher Bericht der Direction.) Zum Verkauf standen

4365 Rinder, 9365 Schweine, 1580 Kälber, 10 691 Hammel.
Der überstarke Auftrieb an Rindern und Hammeln neben
den Fleischvorräthen der Schlächter drückte das Ge-
schäft gewaltig. Ja Rindern konnte nur feinste Waare,
weil schwach vertreten, die vorwöchentlichen Preise halten,
während die übrigen Qualitäten größtentheils erheblich
billiger abgegeben werden mußten. Nichts desto weniger
bleiben wohl an 1000 Stüd unverkauft. Man zahlte
für Ia. 48—55, IIa. 41—45, IIIa. 35—40, IVa. 30—
33 *M. pro* 100 *℔* Fleischgewicht. — Der Schweine-
markt verlief wegen ungenügenden Exports sehr langsam,
bei Ia. und IIa. zu etwas weichen Preisen und wird
nicht geräumt. Ia. brachte ca. 51—52 *M.*, IIa. 48—50
M., IIIa. 43—47 *M.*, Salzler 43—47 *M.*, leichte Un-
garn 38—42 *M.*, altes *pro* 100 *℔* mit 20 % Tara,
Bafonier 44—45 *M. pro* 100 *℔* mit 50 % Tara *pro* Stüd.
— Der Kälbermarkt wird bei äußerst flauem und
schleppendem Verlauf kaum geräumt. Ia. 40—48,
IIa. 28—38 *℔. pro* *℔* Fleischgewicht. — Das Hammel-
geschäft war bei verhältnismäßig unbedeutendem Export
und erheblichem Preisrückschlag sehr schleppend und
hinterläßt großen Ueberstand (wohl kaum unter 3000
Stüd). Man zahlte für Ia. 42—46 *M.*, beste engl.
Lammer bis 48 *M.*, IIa. 30—40 *℔. pro* *℔* Fleischgewicht.

Verantwortliche Redactionen: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. A. Hermann, das Feuilleton und literarische G. Möller, - den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, - für den Inseratentheil: W. W. Kosemuntz, sämtlich in Danzig.

Farbige, Schwarze und Weiße seidene

Klasse Nr. 1. 25 Pf. per Meter bis
Nr. 16. 80 Pf. (in je 18 verschiedenen Qualitäten)
verfendet in einzelnen Kisten und Stücken zollfrei
in's Haus das Seiden-Fabrik-Depot von **G. Henne-
berg** (königl. und kais. Hoflieferant) Zürich.
Muster umgehend. Briefe kosten 20 Pf. Porto.

Einem Liebling gleich, der überall Eroberungen macht, findet man heute in fast jeder Familie, bei Arm und Reich, die Apotheker R. Brandt's Schweizerpillen, welche durch ihre äußerst angenehme, sichere und unschädliche Wirkung bei Leber- und Gallenleiden, Hämorrhoiden u. alle anderen Mittel verdrängt haben. Man fordere in den Apotheken stets echte Apotheker Brandt's Schweizerpillen (à Schachtel 1 R.) mit dem weißen Kreuz; in rothem Felde und dem Namenszug R. Brandt.

[Hannoversche Lebensversicherungs-Anstalt.] Im letzten Geschäftsjahr sind bei der Gesellschaft eingegangen 2113 Anträge über 6800 300 *th.* Verl.-Kapital, wovon definitiv zur Annahme gelangten 1659 Personen mit 5377 400 *th.* Verl.-Kapital. Der reine Zuwachs beträgt 2832 361 *th.* Verl.-Kapital, so daß der Gesamt-Vericherungs-Bestand pro ultimo Mai v. J. sich auf 40837 576 Verl.-Kapital beläuft. — Wenn eine Gesellschaft einen solch bedeutenden Reinzuwachs erzielt, wie die hannoversche im vorigen Jahre, so kann sie in dieser Beziehung mit den erzielten Resultaten vollauf zufrieden sein. Das Gleiche läßt sich mit Bezug auf den finanziellen Anfall des letzten Geschäftsjahres sagen. Dasselbe hat einen Jahresüberschuß ergeben von 89 136 *th.*, wodurch das Dividenden-Conto nahezu $\frac{1}{2}$ Million erreicht, so daß die Versicherten auf viele Jahre hinaus wiederum einer erheblichen Dividende sicher sind. — Zum Schluß wollen wir noch erwähnen, daß die effectiven Jahreseinnahmen 1498 700 *th.* betrugen. Dagegen sind für Sterbefälle 800 769 *th.* ausgezahlt. — Daß die Gesellschaft die fälligen Kapitalzahlungen außerordentlich prompt regulirt, geht aus der sehr geringen Summe der noch in Schwebе befindlichen Kapitalzahlungen hervor. Im Ganzen sind nur 21 018 *th.* von den fälligen Versicher. = Summen noch nicht ausgezahlt. — Im Ganzen genommen bietet die Lage der Gesellschaft ein erfreuliches Bild und documentirt eine gesunde Geschäfts- und Vermögenslage.